

## Pressespiegel 2020

### Press Documentation 2020

Berichterstattung  
NOVOMATIC

**Erstellt von**  
Prepared by

**Datum**  
Date

**Konzernkommunikation**

08.06.2020 / KW 23

„OÖN“, 08.06.2020

## **Sidlo-Bestellung morgen Thema im Ibiza-Ausschuss**

**WIEN.** Im Ibiza-Untersuchungsausschuss wird diese Woche zweimal getagt. Für den morgigen Dienstag sind der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Novomatic, Harald Neumann, sowie Matthias Purkart, Oberstaatsanwalt in der WKStA, geladen. Die dritte Auskunftsperson am Dienstag ist Alexander Merwald, Geschäftsführer Novo Equity GmbH. Im Zentrum steht die Frage, ob es bei der Bestellung des FP-Berzirksrats Peter Sidlo zum Finanzvorstand der Casinos Absprachen zwischen der VP/FP-Regierung und Novomatic gab.

Weiter warten heißt es in Bezug auf das vollständige Ibiza-Video. Parlamentspräsident Wolfgang Sobotka (VP) hofft auf eine Übermittlung in den nächsten Tagen.

„Die Presse“, 08.06.2020

## Sobotka: Video rasch schicken

Parlamentschef drängt auf Beweismittel-Übermittlung.

Wien. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka hofft, dass der Untersuchungsausschuss das Ibiza-Video in den nächsten Tagen erhält. Eine zeitnahe Übermittlung sei „ein Muss“, sagte Sobotka in der ORF-Sendung „Hohes Haus“. „Es handelt sich um ein wesentliches Beweismittel, das dem Ausschuss vorgelegt werden muss.“

Dass er als Ausschussvorsitzender befangen sei, stellte Sobotka vehement in Abrede. Der als Zeuge geladene Bernhard Krumpel, bis vor Kurzem Novomatic-Sprecher, sei vor 20 Jahren sein Pressesprecher gewesen, als er, Sobotka, in ganz anderer Funktion als heute tätig gewesen sei. Novomatic ist ein großes Thema im U-Ausschuss. „Auch, dass ich mit Novomatic in einem Verhältnis stehe, ist falsch“, betonte Sobotka. (APA)

ÖSTERREICH



## Geld, Drogen und ein Video

Der Ibiza-Ausschuss ist angelaufen. In den kommenden Monaten steht nicht weniger auf dem Prüfstand als das System Österreich. profil präsentiert neue, brisante Sachverhalte.

VON GERNOT BAUER, CHRISTINA HIPTMAYR, MICHAEL NIKBAKHSI UND STEFAN MELICHAR

Der Auftakt war gut besucht, so gut, dass sich NEOS-Abgeordnete Stephanie Krisper an Sebastian Kurz' Auftritt im Kleinwalsertal erinnert fühlte. Vergangenen Donnerstag startete der „Untersuchungsausschuss betreffend mutmaßliche Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“, vulgo: der Ibiza-Ausschuss. Am 17. Mai 2019, Punkt 18 Uhr, veröffentlichten „Süddeutsche Zeitung“ und „Der Spiegel“ ein Video, in dem sich Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus um Kopf und Kragen redeten – und rund sieben Minuten später war die Welt in Österreich eine andere. Donnerstag vergangener Woche hatten die beiden Hauptdarsteller von damals erneut einen großen Auftritt, wenngleich sie sich diesmal deutlich schmallippiger gaben. Die Befragungen von Strache und Gudenus brachten insgesamt keine großen Überraschungen. Vor allem Strache versuchte einmal mehr, das Geschehen in Ibiza in eine „b'soffene G'schicht“ umzudeuten. Tatsache ist, dass sich einige seiner „Gedankenspiele“ erstaunlich schnell materialisierten. Stichwort Zahlungen an einen „gemeinnützigen Verein“: Wie sich zeigte, entstand in Straches Umfeld nicht nur ein Verein, es waren mindestens sechs. Stichwort „Novomatic zahlt alle“: Die Rolle des Glücksspielkonzerns wird den Ausschuss intensiv beschäftigen. Und noch immer kommen neue, brisante Sachverhalte ans Licht.

## „Unreflektiert negative Schlüsse“

Eine prominente Auskunftsperson fehlt bisher auf der Ladungsliste des U-Ausschusses: Max Turnauer.

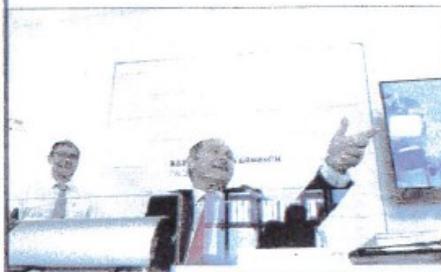
Auf dem Video von 2017 sind präzise Handlungsanleitungen des damaligen FPÖ-Chefs Strache dokumentiert, wie man an die blaue Gesinnungsgemeinschaft diskret spenden könne – und zwar an den Kontrolleuren des Rechnungshofs vorbei. Das – vermutete – Vehikel dazu waren Vereine mit Namen wie „Patria Austria – Verein zur Förderung des österreichischen Kultur- und Brauchtums“, „Austria in Motion – Verein zur Reform der politischen Kultur in Österreich“, „Wirtschaft für Österreich“ oder „Institut für Sicherheitspolitik“ (ISP). Vereinsfunktionäre sind FPÖ-Politiker wie der frühere Abgeordnete Markus Tschank (profil berichtete ausführlich).

Bekannt ist, dass etwa die Novomatic-Gruppe 2018 und 2019 insgesamt 240.000 Euro an das ISP überwies. Dazu hätte der U-Ausschuss vergangenen Freitag gern den Eigentümer des Konzerns, Johann Graf, befragt. Doch Graf entschuldigte sich aus medizinischen Gründen (Corona-Risikogruppe) ebenso wie Heidi Horten und der Pistolenproduzent Gaston Glock. Alle drei wurden im Video von Strache als potenzielle Gönner genannt (was sie bestreiten). Spenden von Horten oder Glock an die FPÖ-Vereine finden sich nicht in den Akten. Von einem nicht minder illustren Industriellenclan sind Zuwendungen allerdings belegt: Turnauer. So spendete eine ILAG Vermögensverwaltung GmbH im Oktober 2015 25.000 Euro und im Mai 2018 100.000 Euro an Patria Austria. 24.000 Euro gingen im November 2015 an Austria in Motion, 26.000 Euro an Wirtschaft für Österreich (Oktober 2015) und 100.000 Euro an das ISP (Juni 2018). Eine Industrieliegenschaftsverwaltung AG spendete im Juli 2018 100.000 Euro an Wirtschaft für Österreich und 100.000 Euro an Austria in Motion (August 2018). Hinter den beiden

Gesellschaften steht die Turnauer-Familie mit ihrem Patriarchen Max Turnauer, 89, Eigentümer der Constantia Industries (Holzwerkstoffe, Isoliermaterialien, Kunststoffe für Sportartikel). Als die ersten Berichte über die FPÖ-Vereine erschienen, legten die ILAG-Vorstände die Spenden gegenüber ihrem Wiener Vertrauensanwalt in einem zweiseitigen Schreiben vom 2. September 2019 offen. In dem profil vorliegenden Dokument beklagen die Vorstände, es seien öffentlich „zumeist unreflektiert negative Schlüsse über die Intention der Spenden gezogen“ worden. Der ILAG-Vorstand habe sich nie „Gegenleistungen für die Spenden“ erwartet. Solche seien auch nicht „angeboten“ worden. „Einzig Grund für die Spenden“ sei „die Unterstützung der jeweiligen Vereinszwecke“ gewesen, eine „direkte Spende“ an die FPÖ sei nie „gemacht“ worden. Unternehmensgründer Herbert Turnauer, Vater von Max, war dagegen ganz direkt. 1996 übergab er persönlich FPÖ-Chef Jörg Haider fünf Millionen Schilling in einem Plastiksackerl.

Max Turnauer ist, wie schon sein Vater, eine verschwiegene Unternehmerpersönlichkeit. Ein verschachteltes Netzwerk der Turnauer-Firmen findet sich auch im Handelsregister des Fürstentums Liechtenstein. Im Verwaltungsrat der Constantia Beteiligungs AG in Vaduz sitzen zwei Prominente: die Prinzen Nikolaus und Michael von und zu Liechtenstein. Nikolaus ist Bruder von Fürst Hans Adam II., Michael dessen Cousin. Zu Mitgliedern der Familie Habsburg pflegt Max Turnauer ebenfalls Beziehungen – und auch zur ÖVP. Ex-Parteiboss und Yizekanzler Michael Spindelegger ist Aufsichtsrat in der Industrieliegenschaftsverwaltung AG. Die ILAG spendete an die Volkspartei direkt: Im Jahr 2017 waren es 100.000 Euro, 2016 174.000 Euro.

WOLFGANG SOBOTKA,  
STEPHANIE KRISPER,  
JAN KRÄINER  
Der parlamentarische  
Untersuchungsausschuss  
hat eben erst begonnen  
und liefert bereits erste  
Überraschungen.



## „Kraimer übernimmt die Arbeit von Silberstein“

Was die Chatverläufe des früheren Generalsekretärs des Finanzministeriums und Kanzler-Vertrauten Thomas Schmid über das politische System in Österreich verraten.

**G**roß war die Aufregung rund um die vermuteten „Abschleicher“ und deren Steueroptimierungskonstrukte im Ausland. 2017 hatte der SPÖ-Nationalratsabgeordnete Jan Kraimer in einer parlamentarischen Anfrage unter anderem behauptet, der Industrielle, KTM-Großaktionär und ÖVP-Großspender Stefan Pierer befinde sich auf einer „Abschleicher“-Liste des Finanzministeriums, obendrein habe Pierer in den Jahren 2012 und 2013 in Österreich nur ein paar Tausend Euro Einkommensteuer bezahlt. (Pierer hielt dem umgehend entgegen, er habe in der Zeit insgesamt rund 500.000 Euro an die Finanz abgeführt.)

Einem Rechercheverbund aus profil, ORF, ZIB 2 und „Der Standard“ liegt nun Material vor, das einen bisher nicht bekannten Teil der Geschichte erzählt. Es zeigt, dass die Vorwürfe der SPÖ gegen Pierer im Finanzministerium für hektische Betriebsamkeit sorgten, bis hinauf zum damaligen Finanzminister Hans Jörg Schelling. Es handelt es sich um von der WKStA ausgewertete Chat-Verläufe von Thomas Schmid, dem damaligen Generalsekretär des BMF und Schellings Kabinettschef. Schmid ist heute Alleinvorstand der Staatsholding ÖBAG und damit der wichtigste Mann im staatsnahen Wirtschaftsbetrieb. Im Casinos-Verfahren der WKStA wird er als einer der Beschuldigten geführt. Er bestreitet jedwedes Fehlverhalten, es gilt die Unschuldsumutung.

Am 30. September 2017, um 8.00 Uhr, veröffentlichte profil einen Vorab-Bericht

zu Kraimers Anfrage zur angeblichen „Abschleicher“-Liste. Kurz danach erreichte Schmid eine Nachricht von Stefan Steiner, damals Generalsekretär der ÖVP. „Könntet ihr nicht als BMF sagen, dass Pierer nicht auf einer ‚Abschleicherliste‘ ist, sondern es um stinknormale Kapitalverkehrs-kontrollen/Meldepflichten geht!“ Schmid antwortete: „Wir haben das weder so gesagt noch so zitiert. Das ist auch nicht der korrekte Begriff! Profil zitiert Kraimer ...“ Wenig später schaltete sich Schelling ein: „Wer hat Zugang zu den Kapitalzufluss-/Abflusslisten?“, schrieb er seinem Kabinettschef. Der replizierte: „Dass das von uns rausgeht ist eine Vermutung und ich glaube es NICHT.“ Am 4. Oktober wurde Schelling abermals initiativ: „Verfolgt ihr die Sitzung? Woher hat Kraimer die Details zu Pierer? Sollte nicht die BuPa (Anm.: Bundespartei) Kraimer auffordern, seinen Informanten zu nennen? Hat Kraimer jemanden zum Amtsmissbrauch angestiftet?“ Schmid reagierte: „Gute Idee ... Fände das hervorragend.“ Darauf Schelling: „Wenn Kraimer nichts sagt, können wir argumentieren. Kraimer übernimmt die Arbeit von Silberstein.“ Darauf Schmid: „Genau - Dirty Campaigning Methoden“.

Zufall oder nicht: Zwei Tage später, am 6. Oktober 2017, veröffentlichte das Wirtschaftsmagazin „trend“ ein Interview mit Stefan Pierer, in welchem der Unternehmer dem Vorwurf der Steuervermeidung energisch entgegentrat. Gleich in seiner ersten Antwort sagte Pierer: „Das sind die Silberstein-Methoden der SPÖ, bei denen es nur darum geht, jemanden zu diskreditieren.“

Seitens der ÖVP hieß es dazu auf Anfrage, die „haltlosen Vorwürfe“ des SPÖ-Abgeordneten Jan Kraimer gegen den „erfolgreichen Unternehmer Stefan Pierer“ seien damals „glücklicherweise schnell entkräftet“ worden: „Wir sind der Auffassung, dass es die Aufgabe von Behörden ist, falsche Behauptungen richtigzustellen, was aber in dem Fall ohnehin von Experten und Medien in deren demokratiepolitischer Verantwortung gemacht wurde.“

Vergangenen Freitag war Justizminis-

terin Alma Zadic im Ibiza-Ausschuss geladen. Im Zuge ihrer Befragung kam auch ein vermutetes Naheverhältnis zwischen Christian Pilnacek, dem Chef der Strafrechtssektion im Justizministerium, und Thomas Schmid zur Sprache. Am 23. April hatte die WKStA die übergeordnete OStA Wien darüber informiert, dass Pilnacek – er steht in der Weisungshierarchie sehr weit oben – womöglich befangen sei, weil ein „allfälliges freundschaftliches Verhältnis“ zum Beschuldigten Schmid bestehe. Die WKStA stütze sich dabei im Wesentlichen auf eine Korrespondenz aus dem Jahr 2019, laut welcher Schmid Pilnacek zu einem TV-Termin gratuliert hatte („Irre guter Auftritt!“). Es dauerte letztlich annähernd einen Monat, ehe die Mitteilung über den „Anschein einer möglichen Befangenheit“ ihren Weg von der OStA ins Ministerium und von da auf den Schreibtisch der Ministerin fand. Gegenüber dem Ausschuss sagte Zadic am Freitag, dass der Fall intern geprüft und keinerlei Befangenheit Pilnaceks festgestellt worden sei.

Am Rande der Casinos-Ermittlungen hat sich für Thomas Schmid zusätzliches Ungemach aufgetan. Wie profil und „Der Standard“ am Freitag online berichteten, hat die Auswertung von Schmid's Chats auch Hinweise auf Kokainkonsum geliefert, was ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Wien nach dem Suchtmittelgesetz ausgelöst hat. Auf Anfrage teilte Schmid's Anwalt Thomas Kralik mit: „Uns ist bekannt, dass es ein derartiges Verfahren gibt, das allerdings ausschließlich den höchstpersönlichen Lebensbereich meines Mandanten betrifft und nichts mit seiner beruflichen Tätigkeit zu tun hat.“ Sein Mandant Schmid werde bei den Behörden Stellung nehmen; Kralik geht von einer Einstellung des Verfahrens aus, profil betont, dass Suchtmittelkonsum geeignet sein kann, die Erfüllung beruflicher Funktionen, wichtiger Funktionen im öffentlichen Dienst zumal, zu beeinträchtigen.

SPÖ, NEOS und FPÖ forderten nach der Veröffentlichung der Recherchen Schmid's Rücktritt.



Es wird nicht die letzte Erregung bleiben. Der Ausschuss steht erst am Anfang.

## Blaues Geld

Das Institut für Sicherheitspolitik des ehemaligen FPÖ-Abgeordneten Tschank soll von der FPÖ 35.000 Euro erhalten haben. Aber wofür?

**F**inanziell spielt das ISP zweifellos in der Oberliga: Ein Vertrag mit dem Verteidigungsministerium sichert dem Verein über vier Jahre hinweg insgesamt 800.000 Euro. Novomatic überwies 240.000 Euro. Und die ILAG der Familie Turnauer zahlte 100.000 Euro. Die Vereinsinfrastruktur, welche die Beamten des Bundeskriminalamts bei einer gut sechsstündigen Hausdurchsuchung am 11. März 2020 vorfanden und fotografierten, wirkt gemessen daran jedoch überraschend karg: Als „ISP Arbeitsplatz“ ist ein kleiner Schreibtisch mit Computer in der Ecke eines Besprechungszimmers ausgewiesen. Das Zimmer gehört zu jener Anwaltskanzlei, die der ISP-Präsident und frühere FPÖ-Nationalratsabgeordnete Markus Tschank gemeinsam mit einem Kollegen betreibt.

Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) stuft laut Verdachtslage zwei Zahlungen von Novomatic an das ISP über jeweils 120.000 Euro als Bestechung des früheren Vizekanzlers Heinz-Christian Strache ein. Die WKStA kommt zum Schluss, dass „es sich beim ISP um einen Verein handelt, der der FPÖ zuzurechnen ist und über welchen auch verdeckte Zahlungen laufen sollten“. Alle Betroffenen bestreiten sämtliche Vorwürfe vehement.

Die Ermittler gingen bei ihrer Amtshandlung jedenfalls auch gleich der Frage nach, inwieweit das ISP die Kanzleiräumlichkeiten tatsächlich in Anspruch nimmt. Dazu wurden die anwe-

sende Sekretärin und ein Rechtsanwaltsanwärter als Zeugen befragt. Die Sekretärin konnte nicht sagen, wie oft sie jenen ISP-Mitarbeiter, für den der Schreibtisch im Besprechungsraum eingerichtet worden sei, in der Kanzlei gesehen habe. Zuletzt sei dies im Jänner 2020 – also zwei Monate vor der Einvernahme – gewesen, als man „Neujahrswünsche ausgetauscht“ habe. Der Rechtsanwaltsanwärter wiederum gab an, dass er den ISP-Mitarbeiter „geföhlt einmal im Monat“ im Büro gesehen habe.

Natürlich kann die Vereinstätigkeit auch anderswo stattfinden. Fest steht, dass das Institut unter anderem einige Veranstaltungen organisiert hat. Allerdings muss das ISP für die Mitbenutzung der Kanzlei laut einem Vertrag mit Tschank und dessen Kanzleipartner nicht weniger als 3600 Euro pro Monat abliefern. Es ist nicht die einzige Verwendung der Vereinsgelder, die die Ermittler stutzig gemacht hat. So beschloss der Vereinsvorstand im Februar 2018 die Ausschüttung einer „Management Fee“ an die Vorstandsmitglieder. An Tschank gingen – inklusive Umsatzsteuer – 36.000 Euro.

Im Gefolge des Ibiza-Videos war die Vermutung aufgekommen, das Institut könnte ein Verein sein, der Spendengelder zugunsten der FPÖ einsammelt, profil-Informationen zufolge stellt sich nun jedoch heraus, dass – umgekehrt – blaues Geld in den Verein geflossen sein dürfte. Dabei geht es um 25.000 Euro im Jahr 2017 und um 10.000 Euro im Jahr 2018. Von welchem Teil der FPÖ diese großzügigen Spenden kamen, ließ sich vorerst nicht letztgültig eruieren. Einiges spricht jedoch dafür, dass es sich um die Landesgruppe Wien gehandelt haben könnte. An diese waren nämlich zwei – mit den Zahlungen korrespondierende und augenscheinlich von Tschank unterzeichnete – Förderansuchen des ISP gerichtet.

Nun sollte man eigentlich erwarten, dass bei den Freiheitlichen ob dieses Re-

chercheergebnisses Jubel ausbrechen würde. Auf den ersten Blick könnte dieses ja durchaus geeignet sein, zumindest die ursprüngliche Parteifinanzierungstheorie ein für alle Mal ad absurdum zu führen. Überraschenderweise zeigte man sich seitens der Wiener FPÖ gegenüber profil jedoch ziemlich verschruipft: Das Anfrage-Mail sei nicht angekommen, hieß es. „Im Übrigen wird aufgrund der laufendem Ermittlungen keine Stellungnahme abgegeben. Bei unwahren Tatsachenbehauptungen oder unwahrer Verdachtsberichterstattung behalten wir uns alle rechtlichen Schritte vor.“

Die mysteriösen Spenden werfen jedenfalls eine Reihe neuer Fragen auf. Die unfreundlichen Nasenlöcher bei der FPÖ Wien könnten unter anderem damit zu tun haben, dass die Zahlungen ein weiteres Indiz für eine gewisse Verbindung zwischen der Partei und dem Verein darstellen. Allfällige verbliebene Zweifel an einer solchen Verzahnung beseitigen nämlich die erwähnten brieflichen Förderansuchen. In den Schreiben hieß es, das ISP habe „ein inhaltliches Naheverhältnis zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)“. Darüber hinaus wurde festgehalten: „Das ISP gilt schließlich als eine Schnittstelle zwischen dem BMLVS (Anm.: Verteidigungsministerium) einerseits und der FPÖ andererseits und dient der inhaltlichen Abstimmung zwischen diesen beiden Strukturen durch Organisation von Veranstaltungen, Seminaren, Studien und ganz generell durch Informationsaustausch auf höchster Ebene im Bereich der Sicherheitspolitik.“

Tschank wollte zu Detailfragen nicht Stellung nehmen. Auf profil-Anfrage betont er jedoch, er habe sich nichts zuschulden kommen lassen.

Als im August 2019 die öffentliche Debatte um den wohldotierten Verein erstmals hochkochte, teilte der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Yilimsky per Presseaussendung noch mit, „das „ISP ist unabhängig und hat mit der FPÖ nichts zu tun“. Letzteres wird zunehmend schwieriger zu argumentieren. ■

**HEINZ-CHRISTIAN STRACHE, JOHANN GUDENUS, KARL NEHAMMER**  
Das ÖVP-regierte Innenministerium steht für die selektive Handhabung des sichergestellten „Ibiza-Videos“ in der Kritik.



**ALMA ZADIĆ**  
Die Justizministerin erfuhr nach eigener Darstellung erst aus den Medien, dass die Polizei das „Ibiza-Video“ sichergestellt hatte.

# Eine „Preisliste“ für Gesetzesänderungen?

# Übles Schachern um Kasinolizenzen

● BERICHT SEITEN 2/3

➤ Brisantes Dokument aus einer Hausdurchsuchung ➤ Handschriftliche Preisliste

## Schäbiges Schachern um

Ein brisantes Dokument aus der „Casino-Affäre“ rund um Novomatic und die FPÖ ist jetzt aufgetaucht und liegt der „Krone“ vor. Die Staatsanwälte sprechen von einer Art „Preisliste“. Es weist darauf hin, dass zwei Kasinolizenzen für Wien und das Burgenland 1,5 Millionen Euro kosten würden. Um den gleichen Betrag gäbe es auch eine Online-Glücksspiellizenz.

Bis jetzt haben sowohl die FPÖ als auch der Glücksspielkonzern Novomatic stets dementiert, dass jemand für geplante Gesetzesänderungen Geld hätte erhalten sollen. Nun gibt es Indizien, die sehr wohl solche Absichten bestätigen. Es gilt die Unschuldsvermutung für alle Beteiligten.

Bei einer Hausdurchsuchung im März 2020 in der Wohnung des Novomatic-

Managers Alexander Mervald in Wien (er steht auch auf der Zeugenliste des Ibiza-U-Ausschusses) wurde ein Papier mit Notizen (hand- und maschinengeschrieben) beschlagnahmt (Auszüge siehe Faksimile).

Gleich auf der ersten Seite rechts oben findet sich der Vermerk „Termin vor Weihnachten Fuchs“ (wohl 2018), womit nur der damalige FPÖ-Staatssekretär Hubert

Fuchs gemeint sein kann, der damals im Finanzministerium für das Glücksspiel zuständig gewesen ist.

Dann folgt eine Aufzählung verschiedener Punkte, wie Bekämpfung des illegalen Glücksspiels, und dann „Casino I und II“. Weiter unten ist von Standorten Wien/Prater und Burgenland (Parndorf?) die Rede. Daneben steht „€ 1 M“ für den ersten, 500.000 € für den zweiten (Standort). Am Rande gekritzelt wurde noch „50K SF“. Das steht für 50.000 €, SF könnte eine Abkürzung für „success fee“, also Erfolgshonorar, oder auch „Staatssekretär Fuchs“ stehen, mutmaßen Ermittler.

In weiterer Folge geht es (im maschinengeschriebenen Text) in Punkt 4 um eine „Änderung des Glücksspielgesetzes, dahingehend dass es mehr als eine Online Glücksspiellizenz gibt“. Wiederrum handschriftlich wird dazu ergänzt: „4) 1,5 M“, also offenbar 1,5 Millionen Euro für diese Lizenz. Da scheint es aber um „Nebenkosten“ zu gehen, denn im gedruckten Text (der könnte von Novomatic stammen) heißt es weiter, „man könnte auch einfach jede Lizenz um 10 Mio. € verkaufen“, und „Die Kasinolizenz im Burgenland ist wichtig“ sowie „Mehr wollen wir eigentlich nicht!“

... mit dem online Segment, EU weit und transparent ausgeschrieben werden, dann sehen wir da eine rasche und gute Möglichkeit. Wenn wir dann zb. Praterspielbank und Online in einem hätten und vielleicht noch eine in NÖ oder Burgenland Spielbank, dann wäre das schon was... Auch wenn dann eine an einen Dritten geht ist das immer noch sehr interessant.

⊙ „... dann wäre das schon was.“ Auszug aus dem beschlagnahmten Novomatic-Dokument.

➤ 1,5 Millionen € für Standorte in Wien und im Burgenland

# zwei Kasinolizenzen

Im nächsten Absatz geht es dann um europarechtliche Fragen, schließlich folgt der Satz (siehe auch Faksimile) „Wenn wir dann z. B. Prater-Spielbank und Online in einem hätten und vielleicht noch eine in NÖ oder Burgenland Spielbank, dann wäre das schon was ...“

Manfred Schumi



Foto: www.picturedesk.com

Nr. **5. 13**  
 HD km. 11.01.2020  
 Ort. [REDACTED]  
 GL. 3.591.276/1-0/08/3.1

NOVOMATIC

NF1210

Termin vor Weihnachten 2019

- 1) illegale
- 2) Casino [REDACTED]
- 3) Online mit Joe Oberly
- 4) Sportwettenpöbel → Steuerwiderspruch

1) 25.800 Deckung p.M. → 2000 9000  
 ~ 6500 + 6500 ST 3000 SE

Procter                      Procter  
 1) € 117 für erst € 0,5 für [REDACTED]  
 2) € 1,5 M                      3) 5000 € 630

⊙ Handschriftlich wurde die Preisliste für die Kasinolizenzen aufgeschrieben. Auch ein Termin vor Weihnachten war offenbar wichtig.

„APA“, 07.06.2020

## **U-Ausschuss - Sobotka: Ibiza-Video kommt, Zeitpunkt noch nicht fix**

**Utl.: Hofft darauf, dass wichtiges Beweismittel in wenigen Tagen auch für die parlamentarische Untersuchung bereitsteht - Tut Befangenheitsvorwürfe ab**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Der Vorsitzende des Ibiza-Untersuchungsausschusses, Wolfgang Sobotka (ÖVP), weiß noch nicht, wann das berühmt-berüchtigte Ibiza-Video auch den Abgeordneten bereitsteht. Das sei noch nicht ganz klar, "ich bin kein Hellseher". Eine zeitnahe Übermittlung durch die Strafverfolgungsbehörden sei aber "ein Muss", sagte Sobotka am Sonntag im ORF-Parlamentsmagazin "Hohes Haus".

"Es handelt sich um ein wesentliches Beweismittel, das dem Ausschuss vorgelegt werden muss", sagte der Parlamentspräsident. Darauf bestehe der Ausschuss. Er hoffe auf eine Übermittlung in den nächsten Tagen. Da die parlamentarische Untersuchung bis ins nächste Frühjahr angesetzt sei, hätten die Ausschussmitglieder jedenfalls genug Zeit, die Vorgänge im Video "eingehend zu studieren und ihre Schlüsse daraus zu ziehen".

Selbst habe er das Video noch nicht gesehen, sagte Sobotka. Ob es Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) kenne, könne er nicht beantworten, "ich kann nicht für den Herrn Bundeskanzler sprechen. Ich nehme an, dass es noch niemand gesehen hat außer der eine oder andere Journalist." Innenminister Karl Nehammer habe im Ausschuss gesagt, dass er das Video nicht gesehen habe. "Das ist auch nicht seine Aufgabe."

Dass er als Ausschusschef befangen sei, stellte Sobotka vehement in Abrede. Der als Zeuge geladene Bernhard Krumpel, bis vor kurzem Novomatic-Sprecher, sei vor 20 Jahren sein Pressesprecher gewesen, als er, Sobotka, in ganz anderer Funktion als heute tätig gewesen sei. Novomatic ist ein großes Thema im U-Ausschuss.

"Auch, dass ich mit Novomatic in einem Verhältnis stehe ist falsch", betonte Sobotka. Er habe sich als Politiker in Niederösterreich freilich darum gekümmert, dass nicht der Betriebsstandort des wichtigen, viertgrößten Arbeitgebers des Bundeslandes verlegt werde. Dazu habe er sich auch mit dem Eigentümer, nicht aber mit der Geschäftsführung des Konzerns getroffen: "Ich war zwei Mal dort." Novomatic gehört dem Multimilliardär Johann Graf, der seiner Ladung in den U-Ausschuss zuletzt aus gesundheitlichen Gründen nicht nachkam.

Sollte Sobotka selbst als Zeuge geladen werden, werde er der Einladung folgen. Befangen sei er als Vorsitzender nicht, "das ist unrichtig", sagte er auf die Frage, ob er Ausschussvorsitzender bleibt, wenn er als Zeuge geladen wird.

Auch oppositionelle Vorwürfe, er würde als Spurenverwischer agieren, negierte Sobotka naturgemäß. Er achte mit der Verfahrensrichterin streng darauf, dass sich alle Parteien einbringen und die Thematiken des U-Ausschusses erhellen können.

„OÖN“, 06.06.2020

## Casinos Austria: Spielbetrieb läuft, Touristen fehlen

**GUMPOLDSKIRCHEN.** Seit Ende Mai ist das stationäre Glücksspiel in Österreich wieder erlaubt. Auch die Wettbüros dürfen wieder geöffnet haben. Bei den Casinos Austria zeigt man sich nach den ersten Tagen „sehr zufrieden“, wie Unternehmenssprecher Patrick Minar sagt. Gegenüber der Zeit vor der Coronakrise verzeichne man aber deutliche Einbußen. Der Hauptgrund dafür seien die fehlenden ausländischen Gäste.

Laut Geschäftsbericht kommt rund die Hälfte der Besucher aus dem Ausland. In manchen Casinos wie etwa Zell am See und Seefeld liegt der Anteil höher. Die Spieleinsätze haben sich im Vergleich zur Zeit vor Corona nicht signifikant verändert. Allerdings wird mehr an Automaten gespielt als beispielsweise Roulette. Auch Konkurrent Novomatic ist zufrieden mit dem Automatenglücksspiel. Der Wettsektor leide aber weltweit unter den ausgefallenen Sportevents. Novomatic betreibt Wettbüros und Automatensalons.



Automaten beliebter als Roulette (rts)

„APA“, 05.06.2020

## **Zocken wieder erlaubt - Casinos Austria vermissen ausländische Gäste**

**Utl.: Nach der Krise wird mehr an Automaten gespielt - Spielbanken dürfen bis 5 Uhr offen haben, Gastro bis 23 Uhr - Auch bei Novomatic ist Geschäft gut angelaufen, hauptsächlich Stammkunden da**

Wien/Gumpoldskirchen (APA) - Seit Ende Mai ist das stationäre Glücksspiel wieder erlaubt, auch Wettbüros dürfen wieder offen haben. Die teilstaatlichen Casinos Austria sind mit den ersten Tagen "sehr zufrieden", wenngleich man gegenüber der Vor-Coronazeit "deutliche Einbußen" verzeichne, wie Unternehmenssprecher Patrick Minar der APA am Donnerstag sagte. Besonders die ausländischen Gäste gehen den Casinos ab.

"Grundsätzlich haben wir in einer Normalsituation ein sehr hohes Maß an ausländischen Gästen", so Minar. Wie viele es genau sind, sagte er nicht, das sei von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich und hänge auch von der Jahreszeit ab. 2018 war laut Geschäftsbericht mehr als die Hälfte der Casinobesucher aus dem Ausland gewesen; 2019 begrüßte zum Beispiel die Spielbank in Seefeld Gäste aus mehr als 30 Nationen, wie es im Geschäftsbericht des Vorjahres heißt, das neue Casinos Zell am See zog demzufolge ebenfalls internationales Publikum an. Auch der Standort Wien lebt dem Vernehmen nach zu einem Gutteil von den sogenannten High Rollers aus dem Ausland, also von Gästen, die um sehr viel Geld spielen.

Die Spieleinsätze post Corona haben sich dem Unternehmenssprecher zufolge nicht groß verändert. Aber: Es wird etwas mehr an Automaten gespielt als zum Beispiel Roulette. Wie hoch der Anteil des "Lebensspiels" bzw. der Automaten ist, sagte Minar nicht.

2019 hatte der Konzern laut Geschäftsbericht in Österreich 2.188 Automaten und 241 Spieltische in Betrieb. In den ebenfalls zur Gruppe gehörenden WINWIN-Spielhallen standen weiters 849 Video Lottery Terminals (VLT), das sind zentralvernetzte Automaten.

Die WINWIN-Spielhallen haben ebenfalls zum Großteil wieder geöffnet. Das Geschäft laufe "ähnlich positiv" wie in den 12 Casinos, sagte Minar. Der Umsatz bleibe aber freilich hinter Normalzeiten zurück. Drei der 20 WINWIN-Standorte haben noch zu, weil sie so klein sind und sich daher die Öffnung aufgrund der Abstandsregeln nicht ausgezahlt hätte. Da nun aber die Eine-Person-pro-zehn-Quadratmeter-Regelung gefallen sei, werde man die Situation neu bewerten.

Im Gegensatz zu Gastronomiebetrieben dürfen die Casinos übrigens wieder so lange offen haben wie früher, nämlich zum Teil bis 5 Uhr in der Früh. "Wir fallen von der Verordnung her in die Kategorie der Freizeitbetriebe", so Minar. Die Casinobars und -restaurants müssen aber um 23 Uhr schließen. Ab diesem Zeitpunkt gibt es in den Casinos-Austria-Spielstätten dann nur mehr Wasserflaschen.

Auch beim Konkurrenten Novomatic ist sowohl das Glücksspiel- als auch das Sportwettengeschäft nach dem Lockdown "gut angelaufen", so Monika Racek, Vorstandsvorsitzende der Novomatic-Tochter Admiral Casinos & Entertainmet AG, zur APA. "Seit der Wiedereröffnung am 29. Mai haben uns hauptsächlich Stammkunden besucht, worüber wir uns sehr freuen." Beim Automatenglücksspiel habe man bereits "zufriedenstellende" Ergebnisse verzeichnet. Der Wettsektor - auch online - leidet weltweit unter den ausgefallenen Sportevents, ist zwischenzeitlich fast zum Erliegen gekommen. Bei Novomatic ist man laut Racek in diesem Bereich "trotz schwieriger Umstände" gut gestartet. Der niederösterreichische Konzern betreibt in Österreich sowohl Wettbüros als auch in einigen Bundesländern, in denen es erlaubt ist, Automatensalons. Die meisten der Admiral-Filialen sind wieder offen, die restlichen sollen in den nächsten Wochen folgen, so Racek.

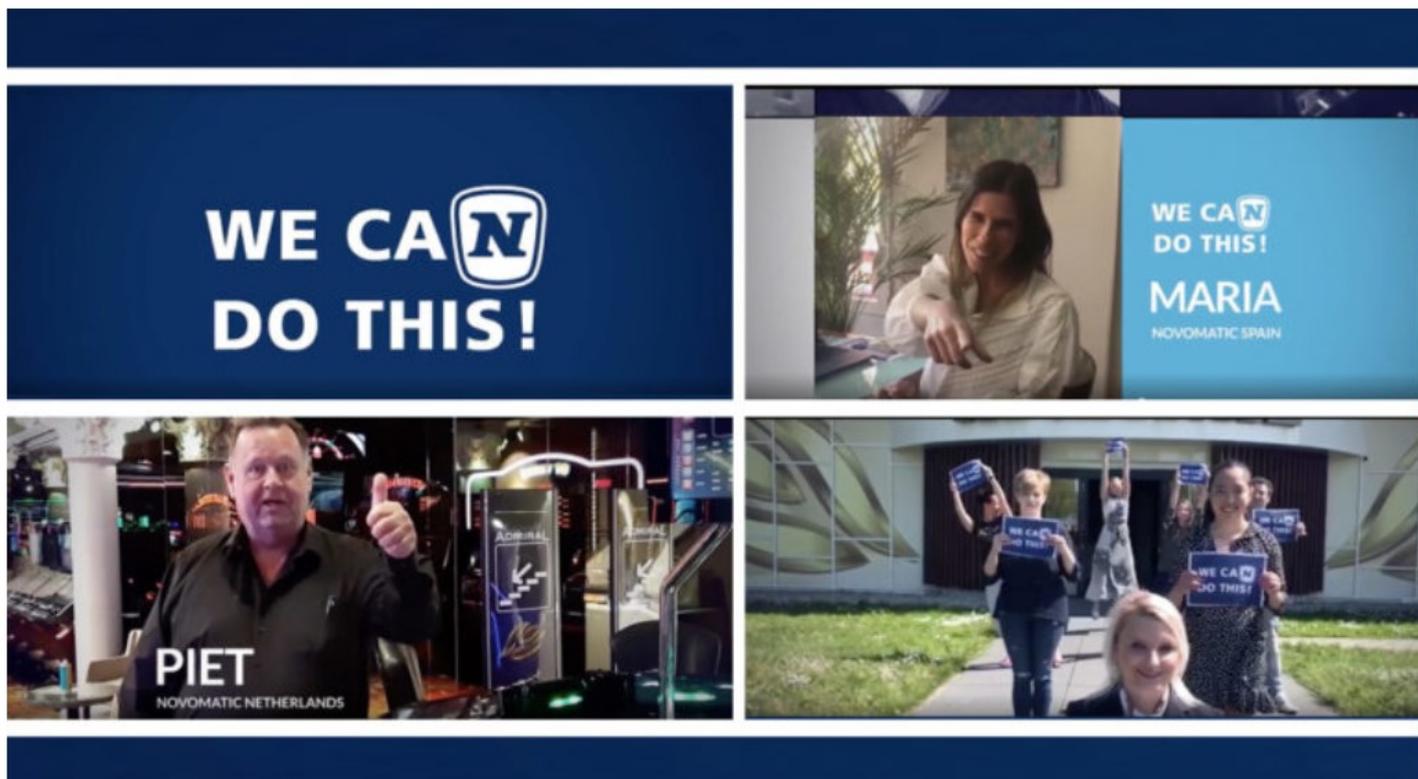
Die Sicherheitsmaßnahmen, etwa Trennwände zwischen den Glücksspielgeräten und dass zwecks Abstand nur jeder zweite Wettterminal in Betrieb ist, würden sowohl von Kunden als auch von Mitarbeitern sehr geschätzt. Die Automatensalons dürfen momentan nur so viele Personen betreten, wie es Automaten gibt.

Sowohl Novomatic als auch die Casinos Austria haben ihre österreichischen Mitarbeiter nach wie vor in Kurzarbeit. Bei den Casinos sind bis Ende Juni rund 90 Prozent der Beschäftigten in der Gruppe, zu der auch die Lotterien zählen, dafür angemeldet, in je unterschiedlichem Ausmaß, wie Minar sagte. Bei Admiral arbeiten die Mitarbeiter bis einschließlich 22. Juni kurz, eine Verlängerung der Kurzarbeit bis in den September hinein sei aus heutiger Sicht nicht geplant, so Racek.

„azarplus.com“, 05.06.2020

El gigante austriaco lanza un VÍDEO en las Redes Sociales protagonizado por sus trabajadores de todo el mundo con un mensaje positivo y de ánimo que denota su unión hasta en los tiempos más difíciles

## NOVOMATIC: “We can do this!”



5 junio, 2020

### AZARplus

Bajo el lema “We can do this” los trabajadores de Novomatic protagonizan un motivador motivador lanzado en sus redes sociales para demostrar que ante la adversidad de los difíciles momentos que nos ha tocado vivir a causa de la crisis provocada por el COVID-19 **“no hay límites cuando se trata de mantenerse unidos como compañía”**. Y es que, tal y como argumenta también la Compañía: **“En todo el mundo, la familia NOVOMATIC se defiende incluso en tiempos difíciles. Fiel a nuestro lema: We can do this!”**. No esperen más para cargarse de energía positiva y denle al play a través del siguiente enlace de la página oficial de linkedin del gigante austriaco...

**VER VÍDEO A TRAVÉS DEL LINKEDIN OFICIAL DE NOVOMATIC**

„APA“, 05.06.2020

## **Zweiter Tag im Ibiza-U-Ausschuss mit Zadic und Nehammer**

Wien (APA) - Der Ibiza-Untersuchungsausschuss ging am Freitag in seinen zweiten Befragungstag. Ursprünglich waren die Milliardärin Heidi Goess-Horten, Waffenproduzent Gaston Glock und Novomatic-Eigentümer Johann Graf vorgesehen. Alle drei haben aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Stattdessen sollen Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) und Justizministerin Alma Zadic (Grüne) Rede und Antwort stehen. Dabei werde es etwa um die Aktenlieferung und die Lieferung des sichergestellten Videos gehen, hieß es.

# Spezielles Glück für die Casinos

Lokale müssen um 23 Uhr dichtmachen.

Casinos & Co. indes sind teils bis frühmorgens offen und schenken Gratisgetränke aus.

**S**amstag in der Wiener Innenstadt. Ab in eines der zwölf Casinos Austria, die nach Corona-Sperre ihre Pforten wieder öffnen. Die Leute stehen artig Schlange. Man hält Abstand, trägt Maske. Großer Andrang. Auch an Roulette-Tischen,

viele haben Babyelefanten daheim gelassen. Auch Demaskierte werden gesichtet. Die Slotmaschinen, auch einarmige Banditen genannt, durch Plexiglas getrennt. Gibt es noch was zu trinken? „Ein Flascherl Wein? – Sehr gerne. Aber bitte bis 23 Uhr zu konsumieren“, sagt der freundli-

che Mundschenk. Denn ab 23 Uhr darf die Gastronomie nichts mehr ausschenken. Dennoch passiert es. Es gibt Mineralwasser, gratis. Schließlich wollen die spiel- freudigen Kehlen versorgt werden, vor allem wenn sie bis frühmorgens ihrer Lust nachgehen wollen bzw. sollen. Das ist ja bemerkens-

werterweise erlaubt. Während die herkömmliche Gastronomie strengen Beschränkungen unterliegt (Discos und Nachtclubs können von Geschäften nur träumen), dürfen Glücksspieleinrichtungen seit 29. Mai ihre gewohnten Öffnungszeiten anbieten (teils bis fünf Uhr morgens). Was für ein Glück, dass es da offenbar ein Schlupfloch gibt.

**11**  
*Wir haben ein erfreuliches Pfingstwochenende hinter uns. Wir achten auf die Abstandsregeln und lassen nur eine beschränkte Zahl an Gästen in die Casinos.*

Patrick Minar, Sprecher Casinos Austria



Seit 29. Mai rollen wieder die Kugeln, und die Karten werden neu gemischt. Glücksspiellokale dürfen teils bis fünf Uhr Früh geöffnet haben. Essen und Trinken werden nur bis 23 Uhr verkauft, danach aber gibt es vielfach antialkoholische Getränke zum Nulltarif.



## Die Casinos ziehen erste Bilanz nach Pfingsten

Im Casino Graz geht es ähnlich zu wie in Wien. Gezockt werden darf bis drei Uhr, es herrscht reger Betrieb bei Automaten und an Tischen, nach 23 Uhr wird Mineralwasser gereicht.

Branchenriese Admiral – zum Novomatic-Konzern zählend, der zuletzt durch Korruptionsvorwürfe ins Visier der Staatsanwaltschaft geriet, verweist seine Gäste auf die geltenden Öffnungszeiten vor Corona – und ab 23 Uhr gibt es Soda, Cola, Orangensaft. Zum Nulltarif. Dass der Konzern guter Hoffnung ist, belegt die Tatsache, dass Novomatic auch während der Coronazeit Spielautomaten herstellte.

Die Glücksspielbetreiber sind jedenfalls froh, dass Kugeln wieder gerollt und Werten platziert werden. Patrick Minar, Sprecher von den Casinos Austria, sagt: „Wir hatten ein durchaus erfreu-

ches Pfingstwochenende.“ Doch aufgrund der fehlenden ausländischen Gäste und der Beschränkungen liegen die Besucherzahlen noch hinter der Vor-Coronazeit. „Auch können wir wegen der Abstandsregeln derzeit nur eine beschränkte Anzahl von Gästen zulassen.“

Die Nachtgastronomie darf erst am 15. Juni wieder öffnen. An diesem Tag gibt es ein Treffen der Betroffenen mit Gesundheitsminister Rudolf Ansheber. „Einige haben schon geöffnet. Aber es rentiert sich nicht, wenn man um 23 Uhr dichtmachen muss. Die machen bis zu 90 Prozent Verlust“, sagt Martina Brunner, Sprecherin der Wiener Club Commission. Auch eine Öffnung bis ein Uhr Früh würde daran nicht viel ändern. Brunner appelliert an die Politik: „Es ist besser, die Klubs zu öffnen, natürlich unter gewissen Voraussetzungen, als wenn die Leute daheim unkontrolliert Partys feiern.“

Erich Vogl



# Ibiza: Langer erster

Heinz-Christian Strache hatte gestern seinen ersten Auftritt vor dem Ibiza-U-Ausschuss – das mediale Interesse war enorm.



Ex-FPÖ-Klubobmann Gudenus marschierte wort- und grußlos an Journalisten – und Heinz-Christian Strache – vorbei.



Postenschacher in staatsnahen Betrieben, illegale Parteispenden über Vereine und Gesetze für Gegenleistungen – Heinz-Christian Strache wurde beim Ibiza-U-Ausschuss mit vielen Fragen gelöchert.

**G**rüß Gott – mehr als diese beiden Worte hatte der über das Ibiza-Video gestolperte Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache den auf eine Wortspende wartenden Medienvertretern vor seinem großen Auftritt beim Ibiza-U-Ausschuss nicht zu sagen. Schnurstracks eilte er in Begleitung seines Anwalts an den zahlreichen Mikrofonen und Kameras vorbei und entschwand im Lokal 7 in der Wiener Hofburg. Dort warteten die Abgeordneten mit zahlreichen Fragen auf ihn. Es gab schließlich viel zu klären: Von Postenschacher in staatsnahen Betrie-

ben über illegale Parteispenden bis hin zu Gesetzen für Gegenleistungen.

Redselig zeigte sich Strache während seiner mehrere Stunden dauernden Einvernahme. Viel Neues brachte diese trotzdem nicht. Strache betete seine hinlänglich bekannten Argumente herunter und mimte das Unschuldslamm. Gleich eingangs kündigte er an, zu vielen Themen kaum etwas oder nichts zu sagen – mit Verweis auf sein Recht, Aussagen erst dann zu tätigen, wenn ihm alle Akten und das Ibiza-Video vorliegen.

Das eine oder andere hatte er dann aber doch zu sagen. Etwa, dass die Zusammenhänge des Videos „völlig aus dem Kontext gerissen“ seien. Und – obwohl das Video eine andere Sprache spricht – auch: „Ich habe Korruptionswünsche des weiblichen Lockvogels empört zurückgewiesen.“ Einmal mehr betonte er, dass es

„seit Jahren einen Plan gibt, mich zu vernichten“ – von einem „mutmaßlich kriminellen Netzwerk“.

## Heikle Themen, zugeknöpfter Strache

Wortkarg zeigte sich Strache, als es um die Postenbesetzung bei den Casinos Austria ging – FPÖ-Mann Peter Sidlo soll bekanntlich aufgrund eines Deals in die Funktion des Finanzvorstandes gehievt worden sein. Er räumte aber ein: In der türkis-blauen Regierung habe es eine „Struktur“ gegeben, dass Posten zu zwei Drittel/ein

Drittel zwischen ÖVP und FPÖ hätten vergeben werden sollen. Kaum etwas sagte er zu den Vorwürfen, dass er einem Freund zu einem Gesetz für Gegenleistungen verholten hat. Den Umweg mit Spenden an „gemeinnützige“ Vereine verneinte Strache nicht: „Wenn jemand nicht der Partei spenden wollte, klar habe ich gesagt, hier gibt es die Möglichkeit dazu.“

Dass sich in den Akten keine Nachrichten mit Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) finden, konnte sich Strache nicht erklären.

Es war das erste, bestimmt aber nicht das letzte Mal, dass Strache als Zeuge in den noch bis April 2021 dauernden U-Ausschuss zitiert wird.

Sandra Schieder



*Es ist nichts Verwerfliches, wenn man nicht einer Partei, aber einem Verein mit gutem Zweck spenden will – ja, bitte tu das.*

Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache

# Tag der Abrechnung



Die „Akten des Tages“: Ibiza-Video und die Hauptdarsteller Strache und Gudenus.

**Schichtwechsel: Nach Strache durfte dessen Ex-Kumpel Johann Gudenus den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses Rede und Antwort stehen: Doch er gab sich bedingt auskunftsfreudig.**

**L**anges Warten auf den zweiten Hauptdarsteller des Ibiza-Videos. Johann Gudenus, lange abgetaucht, ist nun wieder auf der großen Bühne – wenn auch nicht aus freien Stücken. Sein Auftritt war für Donnerstag um 16.30 Uhr fixiert. Doch da der Ausschuss generell mit gehöriger Verspätung begann und die Befragung von Strache entsprechend dauerte, konnte der ehemalige FPÖ-Klubobmann erst kurz vor 19 Uhr antanzen. Er tat es wort- und grußlos. Übrigens auch Ex-Kumpel Strache gegenüber. Gleich zu Beginn

der Befragung hielt Gudenus fest, dass er jegliche Art von Fragen, die Ermittlungen gegen ihn betreffen, nicht beantworten würde.

Das muss er auch nicht, er kann sich als Beschuldigter entschlagen, was er immer wieder tat, was wiederum Ausschussleiter Wolfgang Sobotka (Nationalratspräsident) erzürnte und dieser drohte, sich den Gerichtsakt beischaffen zu lassen. „Ich bin bisher weder zur Vereinskiste einvernommen worden noch zur Casinoskiste. Wegen Corona“, so der 43-jährige Ex-Politiker. Er könne jedenfalls behaupten,

dass er sich nichts zu Schulden kommen habe lassen. An die berühmten Sätze wie „Novomatic zahlt alle“ oder seinen Satz, die Finanzmarktaufsicht abschaffen zu wollen, konnte er sich nicht erinnern.

## Vom Jagdrevier bis zur Baleareninsel

Es ging auch um die Anbahnung des letztlich auf Ibiza Besprochenen, und um die Oligarchin, die keine war. Er habe die Geschichte geglaubt, sagt Gudenus, zumal die Dame, die alles einfädelte und die Protagonisten zusammenführte, eine innige Bekannte von Strache gewesen sei. Ursprünglich hatte die Oligarchin signalisiert, einen Jagdgrund der Familie Gudenus erwerben zu wollen. Später habe die Dame Parteichef Strache kennenlernen wollen. Der Rest ist Geschichte, die auf einer Baleareninsel so richtig begann. Zentraler Punkt

waren auch die Ausführungen auf Ibiza betreffend angeblicher Spenden von Superreichen wie Waffenfabrikant Gaston Glock, Novomatic-Chef Johann Graf und Milliardärin Heidi Horten. Über Vereine könne man Geld am Rechnungshof vorbeischleusen, gab Strache im Video an. Gudenus dazu: „Alle Vereine, die von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft untersucht werden, wurden vorher von Wirtschaftsprüfern eingehend geprüft. Da ist alles sauber.“

Übrigens: Die für Freitag vorgeladenen Auskunftspersonen Johann Graf, Heidi Horten und Gaston Glock werden nicht erscheinen. Sie alle haben sich krankheitsbedingt entschuldigt – überdies zählen Sie zur Corona-Risikogruppe. Erich Vogl

## FRAGE DES TAGES

**Ibiza-U-Ausschuss: Hoffen Sie auf politische oder rechtliche Konsequenzen?**



KRONE.AT-VOTING 31.567 TEILNEHMER

**Ich bin bis heute weder zu der - wie ich es nenne - Casinos-Kiste, noch zu der Vereinskiste einvernommen worden.**

Johann Gudenus, Ex-Klubobmann der FPÖ



Heinz-Christian Straches Befragung im Ibiza-Ausschuss startete mit deutlicher Verzögerung. Am Abend war dann der frühere FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus an der Reihe (rechts oben). Als Erster dran war „Falter“-Chefredakteur Florian Kien (rechts unten).

## Unfreiwillige Rückkehr ins Parlament

**Ibiza.** Der parlamentarische U-Ausschuss startete mit prominenten Gästen: Heinz-Christian Strache redete mehr, als er angekündigt hatte. Johann Gudenus war entspannt, aber schweigsam.

VON IRIS BONAVIDA  
UND ANNA THALHAMMER

Wien. Heinz-Christian Strache ist ein redefreudiger, aber auch unberechenbarer Mann. Vor seinem Auftritt im Ibiza-Untersuchungsausschuss stellte sich also die Frage: Wird der ehemalige Vizekanzler und FPÖ-Chef sprechen – oder nicht? Straches Anwalt musste vor dem Termin das Schlimmste befürchten. Die Abgeordneten erwarteten sich Auskünfte zu Spenden, Spesen und Korruptionstaschen. Oder zumindest etwas Unterhaltung. Es war immerhin der erste Befragungstag des U-Ausschusses. Und die Hauptdarsteller des Ibiza-Videos waren geladen: nach Strache auch der ehemalige FPÖ-Klubchef, Johann Gudenus.

### Heinz-Christian Strache

Zur Erinnerung: Auf Ibiza sprach Strache davon, wie man Partei-spenden über Vereine am Rechnungshof vorbeischieben und die „Krone“ übernehmen kann und stellte der angeblichen Oligarchen-nichte im Gegenzug für Wahlkampfhilfe öffentliche Aufträge in Aussicht. Gegen Strache wird wegen Untreue, Veruntreuung, Betrug, Bestechlichkeit, Bestechung ermittelt.

In seinem Eingangsstatement hält er daher fest: Von seinem Recht, die Aussage zu verweigern, werde er „da und dort“ Gebrauch machen. Dann spricht Strache aber doch – wenn auch nur zu ausgewählten Themen: Er gibt an, dass fast alle Beschuldigungen aus verleumderischen Aussagen seines Ex-Sicherheitsmannes R. erwachsen. Die entsprechende Telefonüberwachung liegt der „Presse“ vor. Zwar ist es verboten, daraus zu zitieren, aber so viel kann gesagt werden: Es gibt zahlreiche Beschimpfungen in Zusammenhang mit der FPÖ. Außerdem wirkt es immer wieder so, als würde R. diese Vorwürfe laut äußern, damit sie gehört und protokolliert werden. R. ist Polizist. Er weiß, wie man Telefongespräche führt, wenn man nicht gehört werden will: zum Beispiel via Whatsapp oder Signal.

Apropos: Die Abgeordneten im U-Ausschuss wunderten sich darüber, dass in den Akten keine Kommunikation zwischen Strache und Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) vorliegt – anderer SMS-Verkehr allerdings schon. Ein Grund

könnte sein: In den Akt kommt nur das, was als strafrechtlich relevant erachtet wird.

Strache bestätigt auch, dass es in der türkis-blauen Regierung Absprachen zu Vorschlagsrechten für Postenbesetzungen gab: Je nachdem, welche Partei den Minister stellt, wurden die Vorschlagsrechte proportional verteilt. Er habe darauf geachtet, dass gewisse Vereinbarungen eingehalten und die Posten auch tatsächlich der FPÖ zukommen würden, sagt Strache.

Vor allem waren aber neue Korruptionsvorwürfe Thema. „Die Presse“ berichtete: Strache bekam während laufender Koalitionsverhandlungen 2017 SMS von Walter G., Betreiber einer Wiener Privatklinik. Er wünschte sich ein Gesetz, damit seine Klinik Geld aus einem staatlichen Fonds erhalten könnte. Das Gesetz kam. Ob es Gegenleistungen wie Reisen oder Geldflüsse gab, wird untersucht. Strache bestreitet das.

Strache kommt in seinen Ausführungen auch immer wieder auf den neuen FPÖ-Chef, Norbert Hofer, zu sprechen. Er betont, dass wichtige Entscheidungen von den Regierungskoorinatoren gefällt wurden – Hofer war einer davon.

### Johann Gudenus

Am frühen Abend war dann Straches früherer Parteifreund geladen: Gudenus. Er zeigte sich allerdings weniger redefreudig als Strache. Ob er für den Verein „Wirtschaft für Österreich“ Spenden lukrieren wollte? Dazu sagte Gudenus nichts. Ob er mit dem Casinos-Mann Dietmar Hoscher über eine Glücksspielnovelle geredet habe? Kein Kommentar, bis auf: Man habe gemeinsam Wein getrunken. Überhaupt war Gudenus entspannt, aber schweigsam.

### Die Fortsetzung

Heute, Freitag, wären eigentlich drei Auskunftspersonen ins Parlament geladen: die Milliardärin Heidi Goess-Horten, Waffenproduzent Gaston Glock und Novomatic-Eigentümer Johann Graf. Sie sollten zu möglichen Spenden Stellung nehmen, die sie – laut Strache im Ibiza-Video – getätigt haben sollen. Sie entschlügen sich aber der Aussage aus gesundheitlichen Gründen. Die Abgeordneten haben ein Ersatzprogramm gefunden: Als Auskunftspersonen wur-

den die Justizministerin, Alma Zadic (Grüne), und Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) geladen. Es soll vor allem um die Frage gehen, wann die Ermittler das Ibiza-Video sicherstellten – und warum es den Abgeordneten erst in zwei Wochen vorliegen soll.

### Die Parteien

Der U-Ausschuss ist nicht nur Ort der Aufklärung, sondern auch politische Bühne. Schon am ersten Tag waren die Rollen klar verteilt: SPÖ und Neos, die Initiatoren des Ausschusses, sind die Angreifer – sie wollen „amoralisches Verhalten“ und womöglich auch illegale Machenschaften der türkis-blauen Regierung aufdecken. Die beiden Oppositionsparteien sind auch in der bequemsten Lage. Die Grünen betonten, dass „Aufklärung in unserer DNA liegt“. Dennoch sind sie nun der Koalitionspartner einer Partei, der sie zweifelhaftes Verhalten vorwerfen. Die FPÖ hat zwar alle Verbindungen zu Strache und der ÖVP gekappt – dennoch fällt es schwer, sich als außenstehende Partei zu inszenieren. Und auch die Volkspartei befindet sich in einer unangenehmen Lage.

## Sponsoring von parteinahen Vereinen

**Casinos.** Ex-Generaldirektor Alexander Labak sprach in Vernehmung von Sponsoring parteinaher Vereine. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft hat nicht nachgefragt.

VON ANNA THALHAMMER

Wien. „Über Nachfrage gebe ich an, dass wir keine Parteispenden feststellen konnten. Es gab immer wieder Sponsoring zugunsten von Veranstaltungen oder Vereinen, die allgemein bekannt der SPÖ oder der ÖVP nahestehen“, gab Ex-Casinos-Generaldirektor Alexander Labak bei der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zu Protokoll. Welche Vereine oder Veranstaltungen er damit gemeint hat, ist unklar. Er wurde nicht weiter danach gefragt.

Und das, obwohl sich die Ermittlungen in dieser Causa theoretisch nicht nur um die FPÖ drehen. Die Ermittlungen sollen generell die Frage beantworten, ob und wo es versteckte Parteienfinanzierung gibt – und ob dafür Gefälligkeiten geleistet wurden.

Warum haben die vernehmenden Staatsanwälte nicht nachgehakt? Zu dem speziellen Fall werde man keine Auskunft geben, heißt es seitens der WKStA. Ganz prinzipiell: „Nicht jede Spende ist automatisch illegal, und somit ist auch kein Anfangsverdacht begründet“, heißt es seitens der Korruptionsstaatsanwaltschaft.

### Labak nicht in U-Ausschuss

Alexander Labak hätte diese Frage wohl auch nächste Woche im Untersuchungsausschuss gestellt bekommen – weil er im Ausland lebt, konnte er sich der Ladung aber entschlagen. Auf „Presse“-Anfrage antwortet er: „Ich bin seit über einem Jahr aus der Casag ausgeschieden und äußere mich daher zu Unternehmesthemen nicht – und bitte, sich an die Casag zu wenden.“

Dort nachgefragt wird die Sache konkreter: „Was genau Herr Labak gemeint hat, können wir nicht wissen.“ Es gebe aber seitens der Casinos offizielle Marketing- und Werbekooperationen. Beispielsweise mit dem Donaunselfest – das bekanntlich die Wiener SPÖ ausrichtet. Oder aber auch dem Stadtfest – das Pendant der ÖVP. „In deren Rahmen wir als Unternehmen auf Basis von Verträgen, genau definierten Marketing- und Werbeleistungen wie Logopräsenz auf Eventbühnen oder Programmheften teilnehmen.“

Gegenleistungen seien stets vertraglich vereinbart und werden selbstverständlich nach jeder Kooperation genauestens evaluiert und dokumentiert. Was die Summen betrifft, so sprechen die Casinos Austria von „marktüblichen Summen“.

# „Postenbesetzung im Verhältnis 2:1“

**Ibiza-U-Ausschuss.** Startschuss, um den Ibiza-Skandal aufzuklären. Der Hauptdarsteller des Tages war Heinz-Christian Strache. Er blieb bei der Verteidigungslinie, dass es einen „Plan gab, ihn zu vernichten“

VON IDA METZGER

Es war eine Art „Kleinwalsertal II“, die man beim Auftakt zum hoch brisanten parlamentarischen Ibiza-Untersuchungs-Ausschuss erlebte. Ein Déjà-vu zum Kleinwalsertal gab es deswegen, weil der Medienandrang viel zu groß und die gewählte Örtlichkeit für den Ibiza-Ausschuss viel zu klein war. Fotografen und TV-Kamerateams rummelten sich Schulter an Schulter, um von Ex-FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache ein Foto zu ergattern. Den Sicherheitsabstand von einem Meter einzuhalten, war reine Utopie.

## „Kottan ermittelt“

Den ersten Akt im Ibiza-U-Ausschuss bestritt Falter-Chefredakteur Florian Klenk. Mit einem Mix aus einer „Kottan ermittelt“-Folge und dem Hollywood-Blockbuster „Pulp Fiction“ verglich Klenk das Video, welches Strache zu Fall gebracht hat. Klenk ist der einzige österreichische Journalist, der das Ibiza-Video mehr oder weniger zur Gänze gesehen hat. Eine ganze Woche lang habe Klenk das Video gesichtet.

„Braucht man Popcorn oder Speisbäckerl dafür“, fragte SPÖ-Mandatar Kai Jan Krainer. „Wenn man es erfinden würde, sagen wir David Schalko schreibt einen Hauptabendkrimi, dann wür-



Ein „Kleinwalsertal 2“ im Ibiza-U-Ausschuss: Großer Medienandrang ohne Meter-Sicherheitsabstand bei der Aussage von Strache

## Der U-Ausschuss

**30 Zeugen geladen**  
Noch nie sind so viele Milliardäre geladen gewesen. Drei haben abgesagt. René Benko soll im Herbst kommen

**Zwist um Video**  
Seit April haben die Ermittler das Video. Der U-Ausschuss muss noch zwei Wochen darauf warten

den wir alle sagen: absurd.“ Und er erzählt weiter: „Es gibt Momente, wo man sich denkt, es wird provinziell und komisch, und Momente, wo man sich denkt, da wird Regierungskriminalität vorbereitet.“

Klenk nennt es einen „Korruptionstanz“, der im Sommer 2017 sieben Stunden gedauert hatte. Es gebe rund ein dutzend Mal Szenen, in denen Strache darauf hin-

weist, dass alles rechtens sein müsse. Auf der anderen Seite gebe es aber auch viele Stellen, an denen Strache Umgehungshandlungen vorschlägt.

## Zurechnungsfähig

Am Anfang würden etwa beim Essen noch vorsichtige Gespräche über Politik geführt. Strache erzählte, dass er mit Viktor Orban ein gutes Verhältnis habe und ihn jederzeit anrufen könne. Die

Stimmung wechsele, nachdem die Teilnehmer ihre Handys abgeben. Ab dann werde etwa über die Übernahme der Kronen Zeitung gesprochen.

Im Wesentlichen seien die sieben Minuten das „Destillat eines Abends“, in dem alle Beteiligten „in einem die Zurechnungsfähigkeit nicht ausschließenden Zustand“ waren. Ein Arrest, das konträr zu den Aussagen von Strache und Johann Gudenus steht.

Sie behaupten ja nach wie vor, dass im Alkohol auch andere Substanzen beigemischt waren.

Der eigentliche Hauptdarsteller war freilich Ex-FPÖ-Chef Strache. Gegen 15.17 Uhr startete seine Befragung. Seine Rolle legte er allerdings schweigsam an.

Strache redete nur dann wie ein Wasserfall, wenn er einmal mehr die Gelegenheit nützte, sein Handeln zu verteidigen. „Es war kein philosophischer Abend“, stellt Strache wenig überraschend fest, was die Abgeordneten zum Lachen bringt. Und es gab einen „Plan, ihn zu vernichten“. Eine Säule dieses Plans war Straches ehemaliger Sicherheitsmann.

## Lukrative Posten

Zur Postenvergabe gab Strache dann doch einen Einblick: Die SPÖ will von Strache wissen, ob die Posten in Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen der Republik von der ÖVP/FPÖ-Regierung im Verhältnis 2:1 aufgeteilt wurden. Im Klartext heißt das: Im Einflussbereich der ÖVP bekommt die FPÖ ein Drittel der Vorstände und Aufsichtsräte – und umgekehrt. Strache bestätigt das und sagt, „das wurde so schon während den Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP vereinbart, weil das in den Regierungsdokumenten davor so üblich war.“

## Strache über das Video: „Ich habe nur Gerüchte erzählt“

**Heinz-Christian Strache.** Ex-Vizekanzler gab sich zugeknöpft

Eines stellte Strache gleich klar: Er werde sich sehr zugeknöpft im U-Ausschuss geben. Warum? „So wichtig ein U-Ausschuss ist, besteht auch die Gefahr, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft torpediert werden können. Auch ich mache daher von meinem Recht Gebrauch, dass ich erst Stellung nehmen werde, wenn ich Einsicht in die Ermittlungsakten bekommen habe.“

Sobald das passiert sei, will Strache auch vor dem U-Ausschuss im Detail aussagen. Ein Status quo, der für die Abgeordneten ziemlich frustrierend war. Denn es hätte viel mit Strache zu besprechen gegeben.

## Nur Gerüchte

Straches Verteidigungslinie entpuppte sich als durchaus kreativ. Zum Thema „versteckte Parteienfinanzierung“ will Strache auf Ibiza nun plötzlich nur von Gerüchten, die er von anderen Parteien gehört habe, erzählt haben. „Ich kann mich nur entschuldigen, wenn ich dort über Gerüchte, die nicht verifiziert sind, gesprochen habe“, gab Strache sich unschul-



„Ich habe die Korruptionswünsche des weiblichen Lockvogels empört zurückgewiesen.“

**Heinz-Christian Strache**  
Ex-Vizekanzler

dig. In der Regel habe es an die FPÖ „ganz wenig“ Spenden gegeben, so Strache. Viele potenzielle Spender hätten nämlich künftige Nachteile befürchtet, wenn sie den Freiheitlichen spenden – etwa, dass sie später Aufträge verlieren könnten. Und natürlich ha-

be Strache „die Korruptionswünsche des weiblichen Lockvogels empört zurückgewiesen.“ Warum diese Passagen von den Journalisten nicht veröffentlicht wurden, könne er nicht sagen.

Erst vor wenigen Tagen sind neue Korruptionsvorwürfe aufgrund von Chatprotokollen gegen Strache bekannt geworden.

## Neue Vorwürfe

SPÖ-Fraktionschef Jan Krainer griff das Thema Spenden aus dem Gesundheitsbereich auf. Die Chat-Konversationen lassen vermuten, dass Strache sich für Walter Grubmüllers Privatklinik in Form einer vorteilhaften Gesetzesänderung stark machte. Strache hat sich laut den Chatprotokollen bei Grubmüller mehrmals nach notwendigen Gesetzesänderungen erkundigt. Laut Strache gab es keine Vereinbarung zum Privatanstalten-Finanzierungsfonds. Darüber hinaus wollte Strache nichts sagen.

Aber immerhin räumte er ein, dass es mehrere Treffen mit Investor Rene Benko gab, inhaltlich wollte er nichts dazu sagen. I.M.

## Gudenus: Entschlagung, viel Wein und kaum Erinnerungen

**Johann Gudenus.** Sobotka droht ihn mit einer neuen Vorladung

Nach einer Stunde Befragung, riss auch Ibiza-U-Ausschuss-Vorsitzenden Wolfgang Sobotka die Geduld. Fast jede Frage würgte Johann Gudenus mit folgendem Stehsatz ab: „Da in dieser Causa gegen mich ermittelt wird, mache ich von meinem Recht der Entschlagung Gebrauch.“ Sobotka drohte Gudenus, dass er nochmals geladen werden müsse, wenn er jede Antwort verweigere. Gudenus konterte: „Ich bin bisher weder zur – ich sag mal so – Vereinskiste bisher einvernommen worden, noch zur Casinoskiste“. Die Befragungen seien für März oder April geplant gewesen, dann sei aber der Coronastillstand dazwischen gekommen.

## „Hexenjagd“

Am geschicktesten gab sich Gudenus noch in seinem Eingangsstatement. Hier beklagte er die Hausdurchsuchung. Der Ex-FPÖ-Klubchef habe die „Anordnung zu seiner Hausdurchsuchung die Casag (Casinos Austria) betreffend“ drei Mal lesen müssen, um diese überhaupt zu verstehen. „Ich habe nie verlangt,



„Habe die Anordnung zur Hausdurchsuchung drei Mal lesen müssen, um sie überhaupt zu verstehen.“

**Johann Gudenus**  
Ex-FPÖ-Klubchef

Peter Sidlo als Vorstand einzusetzen“, verteidigte sich Gudenus.

Er sei auch kein Regierungsmitglied gewesen, betonte der frühere FPÖ-Klubobmann. „Das soll sich nicht so anhören, dass ich mich aus der Verantwortung stehlen will. Ich weiß

nur nicht, welcher Verantwortung ich mich bei der Besetzung des Casag-Vorstands stellen soll.“

Für den Posten als Vorstand war Peter Sidlo vorgesehen. Ihn beschreibt Gudenus als „einen langjährigen Weggefährten“. Wie man sich „über Sidlo lustig macht“, sei eine „Hexenjagd“.

An den Abend in der Finca in Ibiza, kann sich Gudenus nur mehr „bruststückhaft“ erinnern. Nicht einmal, dass Strache den Satz „Novomatic zahlt alles“ gesagt habe, kann Gudenus in seiner Erinnerung finden. Von diesem mehrstündigen Treffen kann Gudenus „nur mehr einzelne Sequenzen“ abrufen, erzählt er dem U-Ausschuss. Und er ist überzeugt, auch wenn Falter-Journalist Florian Klenk anderes behauptet, dass im Wein „Substanzen drinnen waren“.

Zum Thema „Spenden am Rechnungshof vorbei“ sagte Gudenus, dass die FPÖ solche nicht entgegenkommen habe. Die FPÖ Wien habe viel mehr manche „Anlaufspende“ für Vereine getätigt. I.M.

# Strache wollte auf Ibiza „Gerüchte erklären“

Der Ex-Vizekanzler blieb vor dem U-Ausschuss seiner Verteidigungslinie zum Ibiza-Video treu: Er habe nichts Rechtswidriges vorgeschlagen, seine Aussagen seien verfälscht worden und „nicht authentisch“.

Fabian Schmid, Sebastian Fellner, Theo Anders

H einz-Christian Strache hat in seinem Leben offenbar schon viele Menschen enttäuscht: etwa den ehemaligen Koalitionspartner ÖVP, dessen Fraktionsführer Wolfgang Gerstl von „zwei Gesichtern“ der FPÖ sprach; oder auch seine ehemaligen Parteikollegen. Etwa Martin Graf, der in einer Diskussionsrunde Straches „falsche Freundeskreise“ beklagte, die sich dieser bei seinem politischen Aufstieg zugelegt habe. Am Donnerstag enttäuschte Strache dann, zumindest anfangs, die zahlreichen Journalisten und Abgeordneten, die sich zu seiner Aussage im parlamentarischen Ibiza-Untersuchungsausschuss eingefunden hatten. Er werde „kaum etwas sagen“, meinte Strache einleitend. Die Casinos-Ermittlungen basierten auf anonymen Anzeigen, er habe keine volle Akteneinsicht, lamentierte der einstige FPÖ-Chef. Und auch zum Thema Ibiza wolle er nicht viel beantworten, solange er nicht das gesamte Video sehen könne.

Nach und nach wurde Strache dann doch gesprächiger. Er habe auf Ibiza „keine rechtswidrigen Angebote gemacht“, sondern „Gerüchte erklärt, wie sich andere Parteien finanzieren, und die hiesige Praxis von Parteipenden zu erläutern versucht“. Die siebenminütigen Ausschnitte des Videos, die publiziert wurden, seien jedenfalls „nicht authentisch“, sondern „aus dem Kontext gerissen“. Auch die medialen Anschuldigungen zur Causa Casinos seien „falsch“, sagte Strache.

## Suche nach SMS mit Kurz

Unklar sei ihm, warum SMS zwischen ihm und Kurz nicht im Akt sind. Die in den vergangenen Tagen kolportierten Vorwürfe in Bezug auf die Privatklinik Währing wies Strache von sich: Er soll der Klinik seines langjährigen Freundes Walter Grubmüller zur Aufnahme in einen aus Steuergeld gespeisten Fonds verholfen haben soll. Wortkarg gab sich Strache auf die Frage, ob Grubmüller einen Ankauf des Ibiza-Videos finanzieren wollte. Zum Thema Postenbesetzungen gab Strache an, die ÖVP habe sich nicht an Abmachungen gehalten.

Auch Straches ehemaliger Weggefährte Johann Gudenus, dessen Befragung erst am frühen Abend begann, zeigte sich anfangs wortkarg. Den Ermittlungsbeschluss in der Causa Casinos habe er „drei-

maligen Durchlesen“ nicht verstanden, so Gudenus. Warum er sich mit vielen Personen aus der Glücksspielbranche traf, etwa mit Ex-Casinos Vorstand Dietmar Hoscher (SPÖ)? Um Wein zu trinken, so Gudenus.

Die Befragungen von Strache und Gudenus verzögerten sich stark, weil die Abgeordnete vormittags viel zu debattieren hatten, etwa eine mögliche von der FPÖ thematisierte angebliche Befangenheit Gerstls, weil dieser im Innenministerium arbeitet.

Als die Befragung von Falter-Chefredakteur Florian Klenk be-



Foto: Christian Trutler

Der Hauptdarsteller des Ibiza-Videos ist der erste Politiker, der im U-Ausschuss erscheinen muss.



IBIZA-U-AUSSCHUSS

gann, grüßte man sich andernorts wohl schon mit „Mahlszeit“.

„Alles, was ich weiß, schreibe ich in die Zeitung. Alles andere sage ich nicht“, kommentierte Klenk nachher. Eine gute Zusammenfassung, denn sensationelle Neuigkeiten plauderte der Investigativjournalist nicht aus.

## Klenks Videonacherzählung

Das war aber auch nicht der Plan, vielmehr sollten Klenk und seine Nacherzählungen den atmosphärischen Rahmen für die anschließenden Befragungen schaffen. Nicht besonders glücklich

über Klenks Ladung dürfte die ÖVP gewesen sein; ihr Fraktionsführer Wolfgang Gerstl verpackte in seine Befragung oftmals Kritik – Falter und ÖVP befinden sich ja nach wie vor in einem Rechtsstreit, weil die Wochenzeitung über finanzielle Interneta der Türken berichtet hatte.

Knapp drei Stunden lang beschrieb Klenk den „Korruptionsstanz“, den Strache auf Ibiza mit der falschen Oligarchennichte absolvierte: Bislang unbekannt war, dass der Falter laut Klenk „zwei, drei Monate nach Regierungsantritt über eine sehr bekannte österreichische Persönlichkeit, die ich nicht erwartet hätte, die auch nicht unmittelbar im parteipolitischen Bereich tätig ist, die Information“ über ein Video bekommen habe, das Strache beim Missbrauch von Drogen zeige. Strache hat Drogenmissbrauch stets von sich gewiesen, laut Klenk sei im Ibiza-Video davon auch nichts zu bemerken.

## Straches „Korruptionsstanz“

Sichtbar seien allerdings dessen Korruptionsfantasien: Zwar habe Strache immer wieder betont, alles müsse rechtmäßig ablaufen, inhaltlich habe er laut Klenk aber rechtswidrige Dinge vorgeschlagen.

Das ist allerdings nicht strafbar, wie die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKSIA) rasch nach der Veröffentlichung der Videosequenzen vor einem Jahr feststellte: Denn Strache war zum Zeitpunkt der Aufnahme „nur“ FPÖ-Chef, also kein Amtsträger. Deshalb könne nicht wegen Bestechung ermittelt werden. An einer Behebung dieser Gesetzeslücke arbeitet momentan Justizministerin Alma Zadic (Grüne).

Sie wird am Freitag vor dem U-Ausschuss Platz nehmen, nach ihr kommt Innenminister Karl Nehammer (ÖVP). Die beiden sollen unter anderem über das HicHack rund um das sichergestellte Ibiza-Video Auskunft geben. Offenbar gab es hier Zwist; die WKSIA erfuhr vom Fund des Videos durch die Polizei erst aus den Medien. Zumindest Zadic wird sich am Freitag in der Hofburg einfinden.

Überlegen müssen sich die Abgeordneten, wie sie den nächsten Mittwoch auffüllen möchten: An diesem Tag haben die beiden ehemaligen Casinos-Manager Dietmar Hoscher (SPÖ) und Alexander Labak abgesagt.

# Platznot, Gedränge und Fensterlosigkeit beim U-Ausschuss

Mehrere Journalisten und Abgeordnete beschwerten sich über Arbeitsbedingungen, Parlament will darauf reagieren

Das Gedränge sei enorm, die Luft stickig und Fensteröffnen nicht erlaubt: Die erste öffentliche Sitzung des U-Ausschusses hat bei zahlreichen anwesenden Journalisten angesichts der Corona-Pandemie zu Sicherheitsbedenken geführt. „Wir stehen indoor, Fenster darf nicht geöffnet werden. Und das seit über einer Stunde“, schrieb ORF-Journalist Robert Zikmund auf Twitter. Die Abgeordnete Stephanie Krisper (Neos) ging sogar so weit, die Bedingungen in Anspielung auf den verunglückten Kanzlerbesuch in Tirol als „Kleinwalsertal 2“ zu bezeichnen.

Die Parlamentsdirektion wehrte sich gegen die Vorwürfe, mangelnde Sicherheitsvorkehrungen getroffen zu haben. Die Ausschusslokalitäten seien von vier Fraktionen ohne Gegenstimme akzeptiert und mit der Vereinigung der Parlamentsredakteure vereinbart worden, außerdem stünden PCR-Tests zur Verfügung, und am Eingang werde Fieber gemessen – bei den STANDARD-Redakteuren war Letzteres allerdings nicht der Fall.

Noch vor Beginn des Ausschusses war das Kontingent an Plätzen ausgeschöpft,

weshalb offenbar mehr Journalisten als vorgesehen in das Lokal gelangten. Beim sogenannten Presspoint, wo Abgeordnete ihre Statements abgeben, sei es laut einem Parlamentssprecher zu Gedränge gekommen, weil man nicht den gesamten Raum genutzt habe, sondern es zu einer „Fokussierung“ auf die einzelnen Redner gekommen sei.

Das Parlament verwies außerdem auf die Medienräume, in denen der Abstand gewahrt werden könne. Allerdings zeigten sich auch dort anwesende Redakteure nicht besonders glücklich. „35 Journalisten in einem fensterlosen, warmen und stickigen Medienraum. Kein Fenster zum Lüften, kein Babyelefant“, schrieb Marian Smetana (Salzburger Nachrichten) auf Twitter.

Auch auf Referentenebene war man mit dem Ausschusslokal nicht glücklich. Die SPÖ betonte dann auch, der Nutzung des Ausschusslokals 7 nicht zugestimmt zu haben. Der stellvertretende Klubobmann Jörg Leichtfried habe bei der Präsidiale „für eine Verortung des Untersuchungsausschusses im Plenarsaal“ plädiert. Der sozialdemokratische Fraktionsführer Jan Krainer verwies auch darauf, dass sich die Absagen der Milliardäre Johann Graf, Heidi Horten und Gaston Glock so begründen lassen. In Hortens Attest soll die Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus angeführt sein.

Die Vereinigung der Parlamentsredakteure wies darauf hin, dass man eben keine Zugangsbeschränkungen akzeptieren wollte. „Ich bin nach wie vor für die erste Variante, weil ich besonders bei einem Untersuchungsausschuss gegen jede Reglementierung der Medienöffentlichkeit bin“, so deren Vorsitzende Claudia Dannhauser (ORF). Am Abend hieß es dann, das Parlament arbeite gemeinsam mit Chefredakteuren heimischer Medien an raschen Lösungen, etwa einem Raumwechsel bei Pressestatements. (red)



Foto: WPA/Föllinger

Ein Meter Abstand soll während der Corona-Pandemie gehalten werden. Beim Ibiza-Untersuchungsausschuss handelte es sich eher um Zentimeter.

„NÖN“, 04.06.2020

# Novomatic fährt „neu“ wieder hoch

**Zahlreiche Änderungen** | Neues Vorstands-Duo,  
neuer Konzernsprecher, Öffnung der Spielstätten.

**GUMPOLDSKIRCHEN/WIENER NEUDORF** | In den vergangenen Wochen hat sich beim Glücksspielkonzern Novomatic viel getan. Kurz vor dem Lockdown – der unter anderem die Sperre der Admiral-Spielstätten zur Folge hatte, hat Harald Neumann seinen Vorstandsvorsitz zurückgelegt. Diese Agenden übernahmen Ryszard Presch und Johannes Gratzl im Duo. Neumann hat sich zwischenzeitlich mit der Beratungsfirma „HNConsult“ selbstständig gemacht, wie die APA berichtet.

Der kurz darauf zurückgetretene Ex-Konzernsprecher Bernhard Krumpel widmet sich wieder zur Gänze seiner 2010 gegründeten „krumpel gmbh“. Seine Aufgaben werden von der Marketing- und Kommunikationsabteilung übernommen, präzisierte deren Leiter, Stefan

Krenn. Und die frühere Bundessprecherin der Grünen, Eva Glaswisch, sei nach wie vor in Bildungskarenz.

Jetzt gelte das ganze Augenmerk dem Hochfahren des Betriebes, betonte Krenn. Novomatic-Tochter „Admiral“ hat seit Freitag wieder geöffnet und umfangreiche Schutz- und Hygienemaßnahmen für Kunden und Mitarbeiter getroffen. „Diese reichen von kostenlosen Schutzmasken und Desinfektionsmitteln für Gäste bis zu entsprechender Schutzausrüstung, wie etwa Glasvisiere und Handschuhe, für die rund 1.500 Mitarbeiter“, präzisierte Krenn. „Sämtliche Oberflächen, die Wettterminals und Glücksspielgeräte werden regelmäßig desinfiziert, zudem wurden zwischen den Glücksspielautomaten Trennwände aufgestellt.“

# 1 Wie weit reichte das politische „System Strache“?

**FPÖ.** Heinz-Christian Strache prahlte auf Ibiza damit, was er alles erreichen könnte, sollte er nicht mehr Klubobmann der FPÖ, sondern in Regierungsverantwortung sein: Es ging unter anderem um eine mögliche Übernahme der „Kronen Zeitung“. Außerdem stellte Strache der angeblichen Oligarchen nicht im Gegenzug für Wahlkampfhilfe öffentliche Aufträge im Straßenbau in Aussicht. Die Justiz geht nun der Frage nach, ob diese Aussagen wirklich nur Straches Fantasie und Alkoholpegel geschuldet waren. Oder ob sie ein ehrlicher Einblick in Straches politisches System waren. Es gilt die Unschuldsvermutung. Durch die „Presse“ wurde auch bekannt, dass Strache eine Gesetzesänderung auf Wunsch eines Bekannten, dem Betreiber einer Privatklinik, durchsetzte. Beide bestreiten die Korruptionsvorwürfe, die danach laut wurden. Was Strache dazu bewogen hat, muss nun geklärt werden – nicht nur von den Ermittlern. Denn mutmaßlich war es der Wunsch nach persönlicher Bereicherung, vielleicht erhoffte er sich auch Vorteile für seine Partei. Im Untersuchungsausschuss ist allerdings nicht nur Strache geladen, sondern unter anderem sein Nachfolger an der Parteispitze, Norbert Hofer. Die Abgeordneten werden klären müssen, wie weit das System Strache reichte. Wie viel wussten seine Generalsekretäre (Herbert Kickl, Harald Vilimsky), wie viel Hofer? Sie alle haben mit Strache gebrochen – aber auch mit seiner Art, Politik zu machen?

# 2 Wie viel wusste der Koalitionspartner ÖVP?

**ÖVP.** Der offizielle Name des Untersuchungsausschusses ist viel weniger eingängig als seine flapsige Kurzbezeichnung „Ibiza“-Ausschuss. Die Initiatoren, SPÖ und Neos, wollen der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkis-blauen Bundesregierung“ nachgehen, wie der formelle Titel des Ausschusses nahelegt. Das bedeutet: Die beiden Partei vermuten – genauso wie die Grünen –, dass sich ÖVP und FPÖ sozusagen die Republik aufgeteilt haben und sich daraus Vorteile erhofft haben. Es gibt einige Hinweise darauf, dass es zumindest

Deals zwischen den beiden Koalitionspartnern gab. Heinz-Christian Strache hielt das auch schriftlich fest, sein SMS-Verkehr liegt den Ermittlern vor. Die Frage ist einerseits, ob es um rein politische Tauschgeschäfte ging – oder ob mehr dahintersteckte. Und andererseits, auf welcher innerparteilichen Ebene die Entscheidung darüber gefällt wurde.

Vor allem rund um die Postenbesetzung von Peter Sidlo (siehe Frage fünf) zum Finanzvorstand der Casinos Austria werden die Abgeordneten Beweise aufspüren müssen. Denn bisher ist laut Chat-Nachrichten bekannt, dass der Deal innerhalb der ÖVP mit Ex-Finanzminister Hartwig Löger und seinem damaligen Generalsekretär, Thomas Schmid, abgesprochen war: Belege, dass auch der jetzige Finanzminister, Gernot Blümel, und Bundeskanzler Sebastian Kurz informiert waren, gibt es nicht. Sollten sie existieren, muss der Untersuchungsausschuss sie ans Tageslicht bringen.

## Fünf Fragen an den U-Ausschuss

**Ibiza und die Folgen.** Heute beginnt der Untersuchungsausschuss. Welche Fragen er vor allem klären sollte.

VON IRIS BONAVIDA, HANNA KORDIK UND ANNA THALHAMMER

# 3 Wie funktioniert die Parteienfinanzierung in Österreich wirklich?

**Partei nahe Vereine.** Das Parteienfinanzierungsgesetz regelt, wie mit Parteispenden umgegangen werden muss. Dass es darüber hinaus rechtliche Grauzonen gibt, offenbarten Heinz-Christian Straches Aussagen auf Ibiza. Er sprach von Vereinen, über welche Parteispenden diskret abgewickelt werden sollten. Und zwar ohne, dass der Rechnungshof davon erfährt. Eigentlich müssen sämtliche Spenden dem Kontrollorgan gemeldet werden. Nach der Veröffentlichung des Ibiza-Videos wurden einige dieser FPÖ-nahen Vereine ausgeforscht, es wird nun ermittelt. „Presse“-Recherchen zeigten aber, dass auch andere Parteien wie ÖVP und SPÖ derartige Vereine nützen. Der Untersuchungsausschuss wird zu klären haben, wie Parteienfinanzierung in Österreich hinter den Kulissen tatsächlich läuft, wie stark diese Grauzone tatsächlich ausgenutzt wurde – und entsprechende Konsequenzen zu ziehen haben, um das zu unterbinden.

# 4 Wie ist die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Exekutive?

**Ermittlungen.** Die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Exekutive ist Untersuchungsgegenstand. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) unterstellt den Ermittlern Befangenheit sowie Parteilichkeit – und vermutet, dass Daten missbräuchlich verwendet wurden (was der Rechtsschutzbeauftragte anders sah). Außerdem behauptet die WKStA, dass die Soko das Ibiza-Video gleich hätte liefern müssen. Das Innenministerium sieht das anders. Auch seitens des Innenressorts gibt es viel Kritik an der WKStA: Es geht um gesetzte Ermittlungsschritte, ohne die Exekutive zumindest zu informieren, oder darum, dass die Staatsanwaltschaft Hintergrundrecherchen zu einzelnen Beamten anstellte – die Prüfung, ob eine Befangenheit besteht oder nicht, obliegt aber nicht der Justiz. Der U-Ausschuss wird Kompetenzüberschreitungen klären und darauf achten müssen, dass Beamte nicht zum Spielball der Politik werden.

# 5 Was hatte Novomatic vom Postenschacher?

**Causa Glücksspiel.** Als FPÖ-Bezirksrat Peter Sidlo im März 2019 zum Finanzvorstand der teilstaatlichen Casinos Austria bestellt wurde, gab es schon erste Misstöne: Im Aufsichtsrat verweigerten ihm Vertreter des tschechischen Mehrheitseigentümers Sazka die Unterstützung. Er bekam den Job dann doch: Die Vertreter der Republik votierten für den Blauen. Ebenso jene des Glücksspielkonzerns Novomatic.

Heute ist es gleichsam offiziell: Es war Postenschacher. Der Personalberater war – wie man mittlerweile weiß – von Sidlos Qualifikationen nicht angetan. Und dann gibt es noch die bei Razzien beschlagnahmten Handys der Involvierten. Da fanden sich Nachrichten, in denen über den „Deal“ geschrieben wurde, da gab es dankbares Schulterklopfen. Aber was hatte das Privatunternehmen Novomatic davon? Wieso war es so auf FPÖ-Linie? Gab es Zusagen, bei Glücksspiellizenzen entgegenkommend zu sein?

# Der Ibiza-U-Ausschuss beginnt

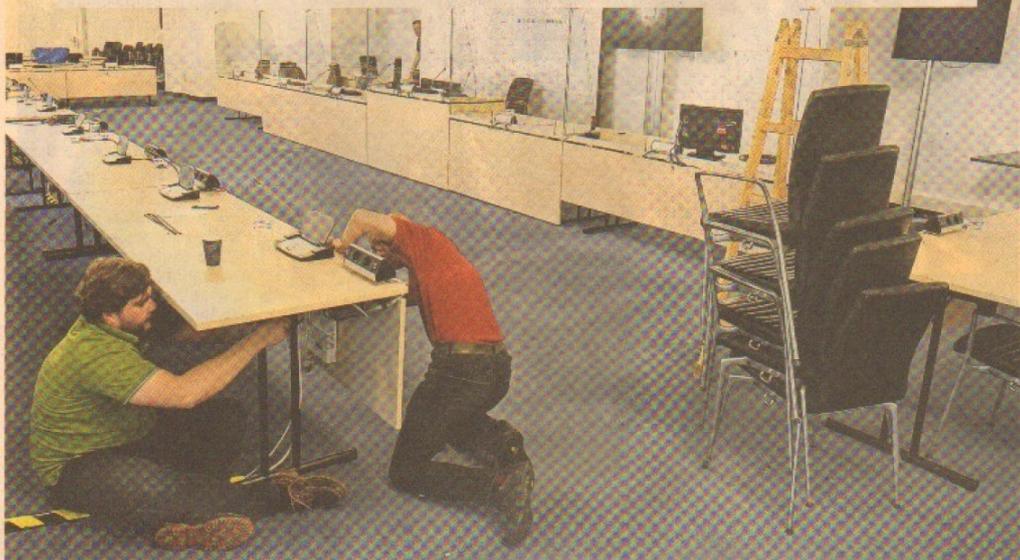


Foto: AP/MSchlagner

Im Lokal 7 in der Hofburg werden wieder einmal innenpolitische Affären aufgearbeitet. Der U-Ausschuss soll bis Mitte 2021 laufen.

Nach Plan läuft es für die Abgeordneten beim Ibiza-U-Ausschuss nicht: Zuerst mussten sie ihre Überlegungen für die erste Ausschussphase auf Eis legen, weil ÖVP und Grüne gewisse Themenfelder blockierten. Das machte der Verfassungsgerichtshof zwar wieder rückgängig, dann wurde jedoch die Corona-Pandemie akut, und der Ausschussbeginn wurde verschoben.

Heute, Donnerstag, soll es aber so weit sein: Um zehn Uhr nimmt mit Falter-Chefredakteur Florian Klenk die erste Auskunftsperson vor den Abgeordneten Platz. Klenk soll ihnen vom Ibiza-Video erzählen, in das ihm *Süddeutsche Zeitung* und *Spiegel* Einblick gewährt haben. Die ersten zwei Ausschusstage beschäftigen sich also direkt mit den Inhalten des Ibiza-Videos und den Aussagen des damaligen FPÖ-Chefs Heinz-Christian Strache, dass Parteispenden „am Rechnungshof vorbei“ geschleust wurden.

## Beginn mit Absagen

Nach Klenk sind Strache und Johann Gudenus, also die beiden Hauptdarsteller des Ibiza-Videos, geladen – vermutlich nicht zum letzten Mal. Am Donnerstag werden die beiden langjährigen Weggefährten, die mittlerweile zerstritten sind, vor allem über finanzielle Zuwendungen an ihre Partei befragt werden. Spannend wird, wie die FPÖ ihre Befragung von Strache anlegen wird.

Für Freitag wären dann drei Milliardenärgeladen gewesen, die Strache im Ibiza-Video als Geldgeber der Politik nennt. Alle drei haben das dementiert, auch der einstige Vizekanzler hat seine Aussagen später zurückgezogen. Allerdings steht Johann Grafts Novomatic im Zentrum der Ermitt-

Als am 17. Mai 2019 das Ibiza-Video über die Bildschirme flimmerte, war klar: Das wird einen U-Ausschuss auslösen. Jetzt, knapp ein Jahr später, ist es so weit. Die Themenpalette ist breit, die Konfliktpunkte vorgezeichnet.

Fabian Schmid, Renate Graber



## IBIZA-U-AUSSCHUSS

lungen, er selbst ist Beschuldigter. Heidi Horten tauchte im Wahlkampf 2019 als legale Spenderin der ÖVP auf. Gaston Glocks Ehefrau Kathrin wurde von Norbert Hofers Verkehrsministerium in den Aufsichtsrat der Austro Control geschickt.

Alle drei Milliardenärgeladen haben bereits ihre Absage aus gesundheitlichen Gründen übermittelt. Nun überlegt die Opposition, den zuständigen Amtsarzt einzuschalten. Andere Zeugen wird es am Freitag nicht geben, die Befragungen entfallen also.

Dann wendet sich der U-Ausschuss der Casinos-Affäre zu. Sehr vereinfacht gesagt geht es um die Frage, ob die FPÖ mithilfe

der Novomatic den möglicherweise nicht ausreichend qualifizierten Kandidaten Peter Sidlo in den Vorstand der Casinos Austria AG (Casag) hievte und dem Unternehmen – und somit der Republik – damit unnötige Zahlungen in Millionenhöhe verursachte, etwa für die Abfertigung der bisherigen Vorstandsmitglieder. Und: Warum hat die Novomatic das gemacht, was war die Gegenleistung?

## U-Ausschuss geht ins Kasino

Die Casag gehört unterschiedlichen Eigentümern. Großteils der tschechischen Sazka-Gruppe (38 %), außerdem über die Österreichische Beteiligungs AG (Öbag) der Republik (33 %) sowie der Novomatic (17 %) und anderen Aktionären. Der Casag-Vorstand bestand aus dem SPÖ-Politiker Dietmar Hoscher, der einstigen ÖVP-Vizeparteichefin Bettina Glatz-Kremsner sowie dem Manager Alexander Labak. Die FPÖ wollte jedoch ihren Bezirksrat Sidlo unterbringen. Das geschah offenbar mithilfe der Novomatic, wie Chat-Protokolle nahelegen.

Der ehemalige Abgeordnete Peter Pilz berichtet von einem angeblichen Pakt, den ÖVP und FPÖ zur Verteilung der Posten geschlossen hätten. Auf *Zackzack.at* wird ein angeblicher und anonymer Insider zitiert, der dieses System im Detail beschreibt.

Ermittler vermuten, dass die Novomatic sich nicht aus Sympathie so für Sidlo einsetzte, sondern eine Gegenleistung erwartete: etwa Neuregelungen beim kleinen Glücksspiel, also Automaten spielen, oder eine sogenannte „Onlinelizenz“ für Glücksspiel im Internet. Alle Beteiligten weisen das von sich. **Kommentar Seite 27**

## ERSTE TERMINE

### ■ 4. Juni 2020

**Klenk, Strache, Gudenus**  
Am ersten Termin erzählt „Falter“-Chefredakteur Florian Klenk vom Ibiza-Video. Dann nehmen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus vor den Abgeordneten Platz, um ihre Aussagen auf Ibiza zu erklären.

### ■ 5. Juni 2020

**Graf, Horten, Glock (abgesagt)**  
„Novomatic zahlt alle“, sagte Strache auf Ibiza. Was das bedeutet, sollte Novomatic-Gründer Johann Graf erklären. Er hat aber, ebenso wie Heidi Horten und Gaston Glock, aus gesundheitlichen Gründen abgesagt. Nun droht den dreien der Besuch vom Amtsarzt.

### ■ 9. Juni 2020

**Neumann, Merwald, Purkart**  
Der Tag beginnt mit dem einstigen Novomatic-Chef Harald Neumann. Er ist, ebenso wie sein Novomatic-Kollege Alexander Merwald, Beschuldigter in der Casinos-Affäre. Für alle Genannten gilt die Unschuldsvermutung: Über die Verdachtsmomente soll dann Staatsanwalt Matthias Purkart aufklären.

### ■ 10. Juni 2020

**Tschank, Labak, Hoscher (teilweise abgesagt)**  
Der einstige FPÖ-Abgeordnete Markus Tschank war in einigen blauen Vereinen zu finden. Handelt es sich dabei um jene Vereine, über die man „am Rechnungshof vorbei“ an die FPÖ spenden konnte? Das soll die Befragung ergeben. Nach ihm wären die einstigen Casinos-Vorstände Alexander Labak und Dietmar Hoscher geplant gewesen, die über ihre Wahrnehmungen bei der umstrittenen Neubestellung des Casinos-Vorstands im April 2019 hätten erzählen sollen. Beide haben aber abgesagt. (red)

Geht es nach dem freiheitlichen Klubobmann Herbert Kickl, soll der U-Ausschuss verschoben werden. Es ergebe keinen Sinn, die Befragungen zu starten, solange die Abgeordneten das Ibiza-Video nicht kennen, sagte Kickl am Mittwoch. Das dürfte jedoch verhallen – der Ausschuss soll wie geplant starten (siehe Text oben). Die Nachricht, dass die Soko Tape das Video Ende April sichergestellt

## Corona-Tests und Videowünsche

Bis kurz vor seinem Start gibt es Streit um den Ausschussfahrplan

hatte, sorgte jedoch für einige Turbulenzen. Mittlerweile haben sich Justizministerin Alma Zadic (Grüne) und Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) auf ein Vorgehen geeinigt: Die Soko Tape wertet das Video noch ein paar Tage lang aus. Dann werden die Abschriften an die Staatsanwaltschaft Wien, die für die Suche nach den Hintermännern und möglichen Geldgebern zuständig ist, sowie an die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft, die sich um die Inhalte des Videos kümmert, geliefert.

Die beiden Staatsanwaltschaften müssen dann prüfen, ob eine Weitergabe des Videos

an die Abgeordneten ihre Ermittlungen gefährden könnte.

Frühestens in zwei Wochen sollen die 13 Abgeordneten des U-Ausschusses also das Video sehen können. Für die Neos ist das viel zu spät. Fraktionsführerin Stephanie Krisper beschwerte sich am Dienstag, dass das Innenministerium das Video längst hätte prüfen oder an die Staatsanwaltschaften übermitteln können.

Die Opposition ärgert sich außerdem nach wie vor über die Wahl des Ausschusslokals in der Hofburg. Sie machen den Vorsitzenden, Nationalratspräsident Wolfgang

Sobotka (ÖVP), für die Absagen älterer Auskunftspersonen verantwortlich. Er verweist auf die Betriebsärztin, die das Lokal freigab. Journalisten und Abgeordnete können sich jedenfalls per PCR-Test auf eine Infektion mit dem Coronavirus untersuchen lassen. Der Freitag, für den es nur Absagen gegolgt hat, soll nun für eine längere Geschäftsordnungssitzung genutzt werden. (fsc)

Kopf des Tages Seite 28



**Wolfgang Sobotka (ÖVP) wacht als – schon umstrittener – Vorsitzender über den Ausschuss.**

Foto: APA/Schlagner



**Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper ist im BVT-Ausschuss zur Expertin für Aufklärung avanciert.**

Foto: APA/Jäger

# „Video ist nur Appetithäppchen“

Ibiza-U-Ausschuss startet. Opposition will „Mandatskauf bis Postenschacher“ durchleuchten

VON IDA METZGER

Ab heute geht es im Parlament um weit mehr als nur um die Frage, wo und wie das Ibiza-Video von den Ermittlern gefunden wurde. Oder wann es welches Ministerium den Politikern zur Verfügung stellt.

Heute, das ist der erste Tag des Ibiza-U-Ausschusses. Und zum Auftakt sind die unfreiwilligen „Hauptdarsteller“ des Ibiza-Videos als Auskunftspersonen geladen. Aber nicht nur die Ex-FPÖ-Granden Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus werden befragt. Auch Journalist Florian Klenk, der das Video gesehen hat, soll über den Inhalt Auskunft geben.

Doch für manche Abgeordnete, wie Neos-Frontfrau Stephanie Krisper oder SPÖ-Fraktionsführer Kai-Jan Krainer, ist „das Video nur ein Appetithäppchen“ auf das, was eigentlich im U-Ausschuss dargestellt werden soll – nämlich ein Sittenbild der österreichischen Politik.

Das Video hat Ermittlungen zu versteckter Parteienfinanzierung, politischem Postenschacher und möglicher Korruption ausgelöst.

• **Casinos Austria.** Krisper möchte weniger über das Ibiza-Video mit dem Ex-Vizekanzler reden, sondern vielmehr, wie es zum Postenschacher und der Bestellung von Peter Sidlo zum Vorstandsdirektor bei den Casinos Austria kam. Wann wurde das ausgedacht? Schon bei den Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ? Welche Rolle spielte dabei die Novomatic? Krisper: „Vor allem möchte ich wissen, wer in der ÖVP von der Sidlo-Bestellung wusste. Sebastian Kurz oder der damalige Re-



Strache: Da müssen wir uns zusammenhocken, müssen sagen: So, da gibt es bei uns in der Krone: zack, zack, zack ...

gierungskordinator Gernot Blümel?“

• **Blauer Mandatskauf.** Eine pikante Affäre, die heute auch eine Rolle spielen wird, ist die Causa Thomas Schellenbacher. Der Ex-FPÖ-Abgeordnete könnte zur Chiffre für Mandatskauf werden. 2013 kam der Unternehmer als blauer Abgeordneter ins Parlament. 2013 sollen von

ukrainischen Oligarchen vier Millionen Euro an die FPÖ gezahlt worden sein, damit Schellenbacher ein Mandat bekommt.

• **Ermittler Niko R.** Ein weiteres Detail ist die Bestellung von Niko R. Seines Zeichens Fan von Strache und hochdekoriertes Polizei-Ermittler. Er schickte nach dem Ibiza-Skandal ein SMS an Strache,

wo er ihm mitteilte, dass er auf ein Comeback von Strache hoffe. Wenige Tage später wurde R. in die Ibiza-Sonderkommission berufen.

• **Die vier Milliardenä.** Im Ibiza-Video werden vier Milliardenä genannt, die bereitwillig Parteien direkt oder über parteinahe Vereine unterstützen würden – darunter Heidi Horten, Waffenproduzent Gaston Glock, Novomatic-Gründer Graf (Strache: „Novomatic zahlt alle“) und Investor Rene Benko.

Alle vier Genannten bestreiten diese Behauptungen von Strache im Ibiza-Video. Glock und Benko rief Strache vor der Veröffentlichung des Videos an. Drei (Horten, Graf und Glock) haben aus gesundheitlichen Gründen abgesagt.

„Rene Benko wird im Herbst geladen“, erzählt Krisper. Man hofft jetzt auf eine

Lösung, etwa dass Horten in einem Extra-Raum via Video aussagt.

• **Vorteile für ÖVP-Spender?** SPÖ-Fraktionsführer Kai-Jan Krainer möchte mit seiner Befragung das Narrativ aufbauen, dass die Interessen von spendablen ÖVP-Unterstützern über den Interessen von anderen stehen würden. „Es ist ein Sittenbild, das für die mit dem dicksten Geldbörstel die Regeln nicht gelten. Dafür schaut man im Finanzministerium weg“, behauptet Krainer.



Covid-19-Maßnahmen mit Tests beim Ibiza-Ausschuss

**schauTV**

„Warum eigentlich“ **Untersuchungsausschuss:** Ida Metzger und Rudolf Mitlöhner über die Aufarbeitung der Ibiza-Affäre im Parlament. 4. 6. um 7.30 Uhr; WH alle 2 Std. auf [schauTV](http://schauTV), [KURIER.at](http://KURIER.at)

## „Konstruiert und untergriffig“

Wolfgang Sobotka. Die Neos werfen dem U-Ausschuss-Vorsitzenden Befangenheit vor. Sobotka ist empört

**KURIER:** Herr Sobotka, Neos-Abgeordnete Stephanie Krisper wollte Ihnen Fragen zur Novomatic stellen. Warum haben Sie diese nicht beantwortet?

**Wolfgang Sobotka:** Seit 14 Tagen werde ich von Stephanie Krisper und Kai-Jan Krainer mit Vorwürfen von den Sitzungsterminen bis zum Lokal, wo der U-Ausschuss stattfindet, mit Un- und Halbwahrheiten öffentlich konfrontiert. Jetzt ist man zu mir gekommen und wollte eine Aussprache. Aber eine Aussprache ist ja kein Verhör. Es gibt keine Befangenheit. Der Abgeordnete ist gewählt und nicht eingesetzt. Da wäre jeder Gewerkschafter befangen, wenn er im Sozialausschuss sitzt. Der U-Ausschuss ist auch kein Gericht. Wenn man meint, dass es zwischen mir und dem Untersuchungsgegenstand einen Zusammenhang gibt,



Auch falls Wolfgang Sobotka als Auskunftsperson geladen wird, will er den U-Ausschuss leiten

dann kann man mich als Auskunftsperson laden. Aus meiner Sicht haben aber Frau Krispers Fragen nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Sie bleiben U-Ausschuss-Vorsitzender, auch wenn Sie als Auskunftsperson geladen werden sollten?

An jenem Tag, an dem ich Auskunftsperson wäre, würde ich mich als Vorsitzender vertreten lassen. An den restlichen Tagen würde

ich selbstverständlich den U-Ausschuss leiten.

Warum haben Sie für das kleine Glücksspiel votiert?

Wenn ich 2005 in Niederösterreich für die Legalisierung des kleinen Glücksspiels votiert habe, dann weil es besser ist, die Spieler in der Legalität zu halten und sie nicht in der Illegalität zu treiben. Ich weiß nicht, warum ich deswegen befangen sein soll. Es war damals auch noch gar nicht

fix, dass Novomatic eine Rolle spielen wird.

Wie gut kennen Sie Novomatic-Chef Johann Graf?

Herrn Graf kenne ich wie Dutzende andere Unternehmer in diesem Land auch. Ich bin seit 1992 in der Politik. Es war immer wichtig für das Land Niederösterreich, Betriebe anzusiedeln, weil das Arbeitsplätze schafft. Novomatic ist das viertgrößte Unternehmen in Niederösterreich. Ein verantwortungsvoller Politiker sollte sich bemühen, dass der Standort eines solchen Unternehmens in Österreich bleibt. Aus diesem Anlass gab es ein Treffen mit Herrn Graf, und ein zweites gab es im Zuge des AK-Wahlkampfes. Hier wurde etwas konstruiert, und das auch noch untergriffig – das ist im höchsten Maße unangebracht. Ich glaube, Frau Kri-

sper hat es nicht nötig, auf solche Methoden zurückzugreifen. So beschädigt man den U-Ausschuss schon vor dem Start. Aber ich bin gerne bereit dort auszusagen.

Es sind 30 Auskunftspersonen geladen. Wie viele kennen Sie besser als Herrn Graf?

Mindestens 14 Personen davon kenne ich besser als Herrn Graf.

Heidi Horten, Johann Graf und Gaston Glock haben abgesagt, weil sie zur Covid-19-Risikogruppe gehören. Gibt es einen Ausweg?

Wenn die Entschuldigung glaubhaft ist, wird sie akzeptiert. Wenn nicht, wird die Auskunftsperson noch einmal geladen. Wenn sie dann wieder unentschuldig dem Untersuchungsausschuss fernbleibt, kann sie vorgeführt werden. I. M.



## Worauf der Ibiza-Ausschuss zurollt

Der am Donnerstag beginnende U-Ausschuss wird sich zunächst mit der Ibiza-Affäre beschäftigen. Danach wird aber vor allem die Causa Casinos in den Mittelpunkt rücken.

**A**m Donnerstag startet der erste Untersuchungsausschuss dieser Legislaturperiode. Er war am 22. Jänner nach einem Verlangen von SPÖ und Neos eingesetzt worden und widmet sich der „mutmaßlichen Käuflichkeit der türkisch-blauen Bundesregierung“. So steht es in der vollen Bezeichnung des U-Ausschusses, der verkürzt als „Ibiza-U-Ausschuss“ firmiert.

Den Vorsitz führt Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP), Verfahrensrichterin ist Ilse Huber, die vor ihrer Pensionierung Vizepräsidentin des Obersten Gerichtshofs war. Die Dauer des U-Ausschusses beträgt 14 Monate. Er kann aber zweimal um drei Monate verlängert werden, wobei beim zweiten Mal ein Mehrheitsbeschluss nötig ist. Durch die Corona-Krise gab es eine leichte Verzögerung des Starts.

### Was genau wird im U-Ausschuss untersucht?

Wie immer bei diesem parlamentarischen Kontrollinstrument geht es um die politische Verantwortung. Doch wie bei vorangegangenen Ausschüssen gibt es diesmal eine Parallellität, da in einigen Bereichen auch strafrechtlich ermittelt wird. Um den Untersuchungsgegenstand wurde anfangs zwischen den Regierungsparteien und der Opposition gestritten.

Die Opposition wollte sämtliche Postenbesetzungen unter Türkisch-Blau prüfen, etwa in der Finanzmarktaufsicht und staatlichen und teilstaatlichen Unternehmen. ÖVP und Grüne versuchten, den Gegenstand auf den Fall Casinos Austria einzuschränken, bei dem die Ermittler dem Verdacht auf verbotene Absprachen nachgehen. Der Verfassungsgerichtshof entschied zugunsten von SPÖ und Neos. Diese hegen den Verdacht, dass es, wie im Ibiza-Video anvisiert, Gegenleistungen für Parteispenden gab. Und zwar bei der FPÖ, aber auch bei der ÖVP. Wer das Ibiza-Video erstellt hat, wird nicht untersucht – damit ist die Staatsanwaltschaft Wien befasst.

### Welche Rolle spielt das Ibiza-Video?

Die Ibiza-Affäre um die ehemalige FPÖ-Spitze steht zwar im Kurztitel des U-Ausschusses und auch am Beginn der Befragungen. Doch inhaltlich viel aufzuklären gibt es aufgrund der Videoaufnahmen nicht mehr. Zumal Verfahrensrichterin Huber das gesamte Video dem U-Ausschuss zur Verfügung stellen will. Das war auch ein expliziter Wunsch aller Parteien, schließlich könnte in der Vollversion der eine oder andere Hinweis verborgen liegen, zu dem anderswo in irgendwelchen Akten ein passendes Puzzelstück existiert.

Deshalb ist auch „Falter“-Journalist Florian Klenk als erste Auskunftsperson geladen, der Einsicht ins volle Video hatte. Doch noch ist das Video ohnehin nicht da. Justizministerin Alma Zadic (Grüne) betonte, dass das Bundeskriminalamt das Video bisher noch nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet hat, Innenminister Karl Nehammer (ÖVP) widersprach ihr. Wie der „Kurier“ am Dienstag berichtete, soll das Video erst nach Abschrift und Prüfung durch zwei Staatsanwaltschaften weitergeleitet werden. Das könnte frühestens in zwei Wochen der Fall sein, hieß es nach einem Telefonat zwischen Justiz- und Innenressort.

### Welche Auskunftspersonen sind geladen und warum?

Die Ladungsliste umfasst vorerst 30 Personen, die an zehn Tagen bis zum 14. Juli geladen sind. 32 Befragungstage verbleiben dann noch. Zum Auftakt geht es im Wesentlichen um die Causa Ibiza, den dort von Strache getätigten Aussagen von Parteispenden einiger Unternehmen und Privatiers sowie um die Causa Casinos. Zu Beginn sind die beiden Film-Protagonisten Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus geladen. Für den zweiten Tag waren die in Ibiza erwähnten Spender Johann Graf (Novomatic), Heidi Horten und der Waffen-

produzent Gaston Glock vorgesehen, sie sagten ihr Kommen aber aus gesundheitlichen Gründen ab. Vermutlich wird der U-Ausschuss eine erneute Ladung aussprechen, zumindest bei Graf und Horten. Leistet eine Auskunftsperson der Ladung keine Folge, kann sie der Ausschuss durch die Sicherheitsbehörden vorführen lassen. Im ersten Befragungsblock werden im Zusammenhang mit den Casinos auch Ex-Finanzminister Hartwig Löger, Kurzeit-Vorstand Peter Sidlo sowie Bundeskanzler Sebastian Kurz Auskunft geben, sowie die damalige und auch jetzige Führungsetage des teilstaatlichen Glücksspielkonzerns. Den Schlussakt bestreiten Auskunftspersonen aus der Justiz sowie Andreas Holzer, der Chef der „Soko Tape“ im Bundeskriminalamt.

### Wie funktioniert die Aufarbeitung im Vorfeld?

Während des BVT-U-Ausschusses haben geschwärzte Akten für Verärgerung bei der Opposition gesorgt. Mit derartigen Einschränkungen sei man dieses Mal nicht konfrontiert gewesen, hieß es seitens der Oppositionsparteien. Beklagt wurde von den Neos und der SPÖ allerdings, dass sie nicht immer über den aktuellsten Ermittlungsstand rund um die Causa Casinos und das Ibiza-Video informiert worden sind.

Aufregung gab es im Vorfeld um Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP). Er hat die Vorsitzführung über den Ausschuss inne. Neos und SPÖ orten ein Naheverhältnis Sobotkas zum Glücksspielkonzern Novomatic und halten ihn deshalb für befangen. Die Opposition bringt dabei unter anderem das Alois-Mock-Institut ins Treffen, dessen Präsident Sobotka ist. „Report“, die Zeitschrift des Instituts, sei 2019 mehrmals mit üppigen Novomatic-Inseraten bedacht worden, meinte Neos-Fraktionsführerin Stephanie Krisper. Auch habe Sobotka immer wieder engen Kontakt mit Verantwortlichen des Glücksspielkonzerns gepflegt.

SPÖ-Fraktionsführer Jan Krainer spricht davon, dass Sobotka zwingend zu laden und zu befragen sein wird. Es könne aber nicht sein, dass der Ausschussvorsitzende zugleich als Auskunftsperson im Ausschuss vernommen werde. Sobotka will die Vorsitzführung nicht abgeben und betont, er sei nicht befangen. „Das Gesetz sieht keine Befangenheit vor, und ich greife inhaltlich nicht ein“, meinte er. Eine persönliche Aussprache zwischen den einzelnen Parteivertretern in der vergangenen Woche führte zu keiner Einigung.

### Was sind die neuen Vorwürfe gegen Strache?

Gänzlich neu sind die Vorwürfe nicht. Strache hatte sich immer wieder, und zwar auch vor der Regierungsbeteiligung der FPÖ, dafür starkgemacht, dass die Privatklinik Währing Mittel aus dem Privatanzustalten-Finanzierungsfonds (Prikräf) erhält. Deren Chef, Walter Grubmüller, ist ein guter Bekannter Straches, ebenso der ärztliche Leiter der Klinik, Artur Woresg, ein Facharzt für Plastische Chirurgie.

Unter Türkisch-Blau wurde dies im Zuge der Strukturreform der Sozialversicherungen tatsächlich realisiert, die neue Gesundheitskasse ÖGK kostet dies 14,7 Millionen Euro jährlich. In zahlreichen Stellungnahmen wurde dies kritisiert, auch im Parlament, da sich die Klinik auf Schönheitsoperationen spezialisiert hat. Bereits im Vorjahr wurde bekannt, dass Grubmüller 10.000 Euro an die FPÖ spendete. Nun wurde öffentlich, dass die WKStA ermittelt. Anlass dafür sind auf Straches Handy gefundene Nachrichten, in denen von Flügen nach Ibiza und Korfu in Grubmüllers Privatjet die Rede sein soll. Außerdem bittet Grubmüller Strache um das „Spendenkonto für die EU-Wahl“ 2019. Sowohl Grubmüller als auch Strache betonten, dass die Reise nach Korfu nie zustande kam und dass Strache für den Flug nach Ibiza selbst bezahlt habe. ■ (sir/dab)

*Die Ermittler gehen in der Causa Casinos dem Verdacht auf verbotene Absprachen nach.*

## Neos-Chefin Beate Meinel-Reisinger über Täter-Opfer-Umkehr bei den Ibiza-Ermittlungen, Null-Fehler-Kultur im Corona-Krisenmanagement und türkise Sprach-Bausteine

INTERVIEW: BARBARA TÓTH

**W**er zu Beate Meinel-Reisinger will, muss hoch hinauf, in den fünften Stock der Hofburg, direkt unter dem Dach. Dort haben die Neos ihr parlamentarisches Ausweichquartier. Gleich nebenan sitzt Philippa Strache.

**Falter:** Nächste Woche startet der Ibiza-Ausschuss. Soll das Ibiza-Video in voller Länge den Abgeordneten gezeigt werden?

**Beate Meinel-Reisinger:** Jedenfalls, auch wenn ich glaube, dass es sicherlich nicht unter Popcorn-Verdacht steht – also am Ende reichlich fad ist. Strache hat ja selbst darauf gedrängt, nun will er es plötzlich nicht mehr. Durchschaubar. Was mich entsetzt, ist die von der Polizei angetriebene Medienjagd nach dem Lockvogel, ohne Begründung, wegen welcher Delikte sie gesucht wird. Ist es Verdacht der Urkundenfälschung? Da hatte ich in meiner Zeit beim Bezirksgericht zig Fälle pro Woche. Im Vergleich zu den schweren Korruptionsvorwürfen gegen Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus sind das Bagatelldelikte.

**Sind die Ermittler befangen?**

**Meinel-Reisinger:** Mein Eindruck ist, dass in Österreich einige Interesse daran haben, dass es hier zu einer Täter-Opfer-Umkehr kommt. Ich finde es widerlich, wie sich gerade alle darüber unterhalten, ob sie jetzt wirklich so „schoaf“ ist! Die Falle wird zum Thema, die Aussagen Straches treten in den Hintergrund. Und wir wissen ja, dass es innerhalb der Soko Ibiza Menschen gibt, die ein Interesse daran haben, Strache gut aussehen zu lassen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass es nicht nur um die FPÖ geht. Denn Straches Aussage in dem Video war ja: „Die Novomatic zahlt alle drei“ großen Parteien.

**Novomatic-Chef Johann Graf hat schon gesagt, dass er aus gesundheitlichen Gründen leider nicht aussagen wird können.**

**Meinel-Reisinger:** Man muss sich um die Reichen in Österreich offenbar echt Sorgen machen, wenn man liest, dass Horten, Glock, und Graf allesamt aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können. Wenn sie Bedenken wegen Covid haben, bin ich mir sicher, wir werden einen Weg finden, dass wir die Befragung in den Plenarsaal legen.

**Sie haben früh auf die Belastung für Frauen in Corona-Zeiten hingewiesen und immer wieder Skandinavien als Vorbild für Corona-Maßnahmen genannt. Aber in den Umfragen liegen die Neos nach wie vor bei sechs Prozent. Sollten Sie nicht besser in Schweden Politik machen?**

**Meinel-Reisinger:** Ich mach ja nicht Politik nach Umfragen wie die ÖVP. Mich leitet die



„Es ist nur noch  
zum Haareraufen“

Beate Meinel-Reisinger letzten Donnerstag im Stiegenhaus der Hofburg

FOTO: HERIBERT CORN

Beobachtung der Situation und die Sorge, in welche Richtung wir uns als Gesellschaft entwickeln. Ich habe schon vor Wochen betont, wie wichtig Selbstverantwortung, Eigenverantwortung, Hausverstand sind, dass es um eine ganzheitliche Betrachtungsweise geht, die Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft zusammen im Blick hat. Jetzt sagt das plötzlich auch der Bundeskanzler. Die Kehrtwende von „Wir behandeln euch wie Kinder“ zu „Jetzt seid ihr erwachsen und kümmert euch bitte um euch selber“ ist steil. Was ich anfangs für E-Mails bekommen habe, kann man sich gar nicht vorstellen! Ich würde alle Kinder, Kindergartenpädagoginnen und Lehrer in den Tod schicken, hieß es da, als ich eine schnellere Öffnung der Bildungsinstitutionen forderte.

**Hat das aufgehört?**

**Meinl-Reisinger:** Ja. Jetzt ist die Situation der Frauen, Eltern und Kinder erfreulicherweise ja ein breiteres Thema. Ich war damals allein. Ich war die Einzige, die gesagt hat, so kann das nicht sein, dass wir in ein Gesellschaftsbild der 1950er-Jahre zurückgehen und Bildung und Kinderbetreuung so geringe Priorität in der Regierung haben. Und es war ja für jeden Insider zu spüren, dass es da einen Streit zwischen Bildungsminister Heinz Faßmann und Kanzler Sebastian Kurz gab. Denn wenn's nach Kurz gegangen wäre, wären die Schulen immer noch nicht offen.

**Liegt es daran, dass die handelnden Personen bei der ÖVP selber keine schulpflichtigen Kinder haben?**

**Meinl-Reisinger:** Ich glaube, dass es einerseits einen großen Unterschied macht, ob du selber spürst, was das heißt, im Homeoffice mit einem, zwei, drei Kindern zu sein. Andererseits ist in der ÖVP eine sehr konservative Truppe am Ruder. Denken wir nur an ÖVP-Klubobmann August Wöginger, der in einer Diskussion gesagt hat, Home-Schooling sei kein Problem, das mache seine Frau und sie mache das fantastisch. Das ist natürlich großartig, aber in Norwegen oder Dänemark hätten keine Eltern, keine Frauen das mit sich machen lassen. Dort ist Schule eine der ersten Sachen gewesen, die man aufgesperrt hat.

**Aber es gibt ja auch Frauen und Mütter im ÖVP-Team.**

**Meinl-Reisinger:** Ja, aber sie sind sehr leise. Wenn die Frauenministerin von sich selber sagt, sie sei keine Feministin, dann mag das wohl irgendein Spin-Docotor aufgeschrieben haben in der Erkenntnis, dass das in deren Wählergruppe ein polarisierendes Wort ist. Erschütternd. Sie wirken nicht so, als hätten sie den Anspruch, ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Allerdings trifft das auf viele Männer auch zu.

**Vielleicht ist das biologische Geschlecht gar nicht ausschlaggebend?**

**Meinl-Reisinger:** Sie sagen halt alle das, was Kurz sagt. Das Gleiche gilt für Arbeitsministe-

rin Margarethe Schramböck, mit der ich vor kurzem im Ö1 Klartext diskutiert habe. Unser Geld für unsere Betriebe, wie engstirnig und kurzsichtig für eine Wirtschaft, die so vom Export und von der internationalen Vernetzung abhängig ist wie die österreichische! Da kamen einfach eins zu eins die Talking Notes des türkischen Generalredenschreibers, die ich danach bei Kurz gehört habe. Da geht es nur um Spins, nur um Frames. Und das beten sie alle runter. Genauso beim Angriff auf Wien. Da kriegt dann jeder so ein Text-Baukasten-Set, mit der Anweisung: Nehmt euch bitte wieder den Würfel Wien-Bashing raus. Ich stehe kritisch der Intransparenz der roten Stadtregierung gegenüber. Aber das ist nur noch zum Haarerufen, was da passiert.

**Trotzdem: Warum bleibt Kritik am Regierungskrisenmanagement ein Minderheitenprogramm?**

**Meinl-Reisinger:** Das hat sich geändert. In der unmittelbaren Gesundheitskrise gab es große Zustimmung, jetzt, wo es um die Öffnung geht und vor allem auch die wirtschaftlichen Auswirkungen sichtbar werden, hat sich das gedreht. Die Wirtschaftshilfen kommen eben genau nicht rasch und unbürokratisch an. Es hat keine Glaubwürdigkeit mehr, wenn man sich zum Oberkrisenmeister aufschwingt wie Kurz, und dann, wenn es kompliziert wird, lässt er die Fachminister ins Messer laufen. Oder die Institutionen, die die Abwicklung übernommen haben, wie das AMS. So nach dem Motto „Wenn es nicht funktioniert, sind wir nicht schuld“. Der Härtefonds ist wirklich ein Murks, die tausenden Beschwerdemails, die uns erreichen, erreichen auch das Kanzleramt. Da können sie sich nicht aus der Verantwortung stehlen, auch wenn sie es wieder versuchen, genauso wie mit Brüssel. Immer wieder wiederholen sie diese völlig falsche Behauptung, dass bei uns die Gelder nicht fließen würden, weil ja die böse EU mit dem strengen Beihilfenrecht dem entgegenstehen würde. Das hat Kommissarin Vestager in einem saftigen Brief an Schramböck und Blümel klargestellt, indem sie deutlich darauf hingewiesen hat, dass Österreich die Möglichkeiten nicht ausnützt und der Fehler damit im Land liegt und nicht in Brüssel.

**Wo steht das türkis-grüne Österreich?**

**Meinl-Reisinger:** Sebastian Kurz führt die ÖVP sicher in die Richtung eines Nationalpopulismus. Das ist aber schon länger spürbar und das halte ich für sehr gefährlich. Wenn ich die ganze Zeit suggeriere, es funktioniert nur, wenn wir die Dinge hier nationalstaatlich lösen, wir zahlen sicherlich nicht für die faulen Griechen und für die unfähigen Italiener, dann kann das sehr brenzlich werden, wie David Cameron bewiesen hat. Wir müssen jetzt zeigen, dass wir in der EU zusammenstehen mit dem Bekenntnis, gemeinsam gestärkt aus der Corona-Krise herauszugehen.

**Auf Ihrem Schreibtisch liegt ein Ordner „Covid-Protokolle“. Sie fordern deren Veröffentlichung – bis dato ohne Reaktion?**

**Meinl-Reisinger:** Ja, und das ist sehr enttäuschend: Gesundheitsminister Anschober hat selber angekündigt, sie zu veröffentlichen, und das nie gemacht. Der Wille zur Transparenz und zur Fehleranalyse innerhalb der Regierenden ist enden wollend. Jede Sorge, jede Kritik, die ich an einzelnen Maßnahmen äußere, wird als Majestätsbeleidigung aufgefasst, ja sogar als

**Beate Meinl-Reisinger** begann ihre politische Karriere in der ÖVP an der Seite von Christine Marek. Die 42-jährige Juristin ist seit 2018 Neos-Chefin und setzt in der Opposition auf Justiz-, Kontroll- und Bildungsthemen. Selber Mutter von drei Kindern, meldete sich Meinl-Reisinger in der Corona-Krise auch zu Frauenthemen zu Wort

antipatriotischer Akt geframt. Solange es in Österreich keine wirkliche Fehlerkultur und Aufklärung gibt, bleibt immer nur ein U-Ausschuss übrig. Er wird kommen, in der Causa Ischgl definitiv, auch auf Bundesebene, denn wir sind im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung. Ich gehe aber davon aus, dass das gesamte Corona-Krisenmanagement einer Untersuchung unterzogen werden wird. Da wird auch das Corona Future Operations Clearing Board ein Thema sein. Die Idee, die Corona-Krise zum Anlass zu nehmen und ein transparentes Forum für evidenzbasierte Politik zu gründen, halte ich für fantastisch. Jetzt haben wir einen Pseudo-Thinktank, der irgendwie beim Bundeskanzleramt dranhängt. So ein Forum gehört ans Parlament angebunden.

**Wurde die Opposition von der Regierung in der Corona-Krise voll informiert?**

**Meinl-Reisinger:** Ich hatte am Montag, dem 9. März, ein schon länger ausgemachtes Gespräch mit Sebastian Kurz. Damals gab es schon zwei Schulen in Wien, die temporär geschlossen waren, und ich habe ihn gefragt, welche Maßnahmen er setzen wird. Am Mittwoch, dem 11. März, gab es dann eine Gesprächsrunde der Parteichefs mit Kurz, Vizekanzler Werner Kogler, Gesundheitsminister Anschober und Innenminister Karl Nehammer im Kanzleramt. Ich habe nach den Kapazitäten im Gesundheitssystem gefragt. Wie viele Intensivbetten, wie viele Beatmungsgeräte haben wir, was sind eure Berechnungen? Sie konnten oder wollten es mir nicht sagen.

**Selbst Anschober nicht?**

**Meinl-Reisinger:** Nein. Ich verstehe schon, es gibt in Österreich kein zentrales System, in das alles eingemeldet wird. Aber in meiner bescheidenen Welt mache ich dann nichts anderes, als jemanden durchtelefonieren zu lassen. Mich hat das irritiert, weil es ja immer um die Frage ging, dass unser Gesundheitssystem, wenn sich das Virus ungebremst verbreitet, an die Kapazitätsgrenze stößt. Durch Ischgl geriet das Containment außer Kontrolle, weil Schutzausrüstung, Tests, eigentlich die gesamte logistische Vorbereitung fehlten, deshalb blieb nur mehr der Lockdown. Wir haben das auch mitgetragen. Was ich kritisiere und worüber es Aufklärung braucht: Warum wurden Ende März die Maßnahmen noch einmal verschärft – die berühmten „100.000 Tote“-Aussage vom 30. März –, obwohl klar war, dass wir keine italienischen Verhältnisse mehr zu befürchten haben?

**War das politische Kalkül?**

**Meinl-Reisinger:** Das weiß ich nicht. Ich habe in einer Sitzung am 6. April in einer der Parteichef-Runden die Frage gestellt, ob alternative Wege und Modelle gerechnet würden. Also etwa konsequenter Schutz der Risikogruppen, aber zunehmende Bewegungsfreiheit. Kurz sagte, er sei sehr froh, dass er im März keinem der Experten vertraut habe, der gesagt hat, wir müssen Richtung Herdenimmunität gehen. Dabei war das nicht mal meine Frage. Mittlerweile ist allen klar, dass wir Wege finden müssen, mit dem Virus zu leben, bis es eine Impfung gibt, und alles daransetzen müssen, dass es keinen zweiten Lockdown geben muss. Dazu braucht es vor allem zwei Dinge: deutlich mehr Tests mit einer guten Teststrategie und ein Contact-Tracing, das unseren rechtsstaatlichen Prinzipien entspricht.



**Da kriegt dann jeder so ein Text-Baukasten-Set. Da geht es nur mehr um Spins und Frames. Und das beten alle runter**

**BEATE MEINL-REISINGER**

„Falter“, 03.06.2020

# GEHEIMSACHE IBIZA

**Befangene Ermittler, zurückgehaltene Beweise, Interventionen, Druck von oben: Ermittlungsakten zur Ibiza-Affäre zeigen, wie subtil und nachhaltig die Korruptionsstaatsanwaltschaft bei ihren heiklen Ermittlungen boykottiert wird**



RECHERCHE:  
FLORIAN KLENK

**V**ergangene Woche hat Ilse Maria Vrabl-Sanda, Chefin der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Korruptionsstaatsanwaltschaft in der Erdberger Dampfschiffgasse, wohl ein klein wenig gestutzt, als sie in den Computer blickte. Auf Krone-TV war Ministerialrat Andreas Holzer zu sehen, der schneidige Chefermittler der Ibiza-Sonderkommission „Tape“. Eigentlich ist Holzer nicht Chefermittler, sondern Zuarbeiter der Justiz.

Vor der Boulevardpresse bot der ranghohe Polizist aber nun bereitwillig Einblick in die neuesten Beweismittel aus einer der sensibelsten Verschlussakten der Republik. Beweismittel, die er der Korruptionsstaatsanwaltschaft sechs Wochen lang vorenthalten hatte. Beweismittel, auf die das ganze Land wartet.

Man habe im April das Ibiza-Video beschlagnahmt, plauderte Holzer nun in Interviews drauflos, auf einer SIM-Karte abgespeichert sei es in einer Steckdose gefunden worden, erzählt die Soko den Medien. Auch er habe sich das Band angesehen, es sei aber, so urteilte er auch gleich, „strafrechtlich nicht ergiebig“. Das hinderte Holzer nicht daran, ein paar beschlagnahmte

**Gudenus und Strache in Ibiza 2017: die Soko-Tape des Innenministeriums fand das Video am 21. 4. auf einer SIM-Card in einer Steckdose. Sechs Wochen lang wird die Korruptionsstaatsanwaltschaft nicht von dem wichtigen Fund informiert. Die Sonderkommission geht zuerst an die Medien**

Beweismittel auf seinem Couchtisch auszubreiten, exklusiv für die Krone. Dahinter gut positioniert: Polizist Holzer.

**Da lag es nun, das Corpus Delicti:** eine beschlagnahmte Knopflochkamera, damals versteckt in einen Lichtschalter im Wohnzimmer der in Österreich weltberühmten angeblichen Oligarchen-Finca von San Rafael, in Wahrheit ein Airbnb-Quartier. Zur Krönung der polizeilichen PR-Aktion stellten die Polizisten auch noch das Foto der Fake-Oligarchin mit dem erfundenen Namen „Alyona Makarov“ online, mit Genehmigung der Staatsanwaltschaft Wien.

Man suche die Frau, um „nähere Anhaltspunkte“ über die Hintermänner zu erhalten, so die Begründung für die Aufhebung ihrer Anonymität (alle anderen Beschuldigten sind anonymisiert). Die wichtigsten Strippenzieher in dem Krimi sind den Fahndern indes längst bekannt: ein Wiener Anwalt, ein Privatdetektiv, ein paar Komplizen im Hintergrund. Und der Polizist Oliver R., ein ehemaliger Leibwächter Straches.

Zu „Fahndungszwecken“ verbreiteten selbst Qualitätsmedien das Bild der Frau,

sogar auf ihr Tattoo wurde extra hingewiesen. Als wäre sie eine per Haftbefehl gesuchte Terroristin. Gesucht wird sie aber nur wegen eines Vergehens, das, so der derzeitige Ermittlungsstand, vor einem Bezirksgericht geahndet wird, und dort wohl mittels Bußgeld: verbotene Veröffentlichung von Tonbandmitschnitten. Vage Hinweise auf Urkundenfälschung durch die Unbekannte gibt es noch im Akt, weil sie dem hineingelegten FPÖ-Politiker Johann Gudenus angeblich eine gefälschte Kopie ihres Reisepasses vorgelegt habe.

Aber das Fälschen einer Passkopie ist nicht strafbar, wie die Ermittler bereits wissen. Und Erpressung? Die wirft man der Frau erst gar nicht vor, wie Soko-Chef Holzer erklärt. Weder Gudenus noch Strache fühlten sich als Opfer einer Erpresserbande. Der Medienrechtler und Verfassungsrichter Michael Rami, einst FPÖ-Anwalt, fragte im ORF-Radio, ob da die Balance zwischen Persönlichkeitsschutz und Strafverfolgung wirklich stimme.

Den Korruptionsstaatsanwälten stand also der Mund offen, nicht nur wegen der Fahndungsfotos, sondern auch wegen Holzers PR-Stunt. Justizministerin Alma Zadic

(Grüne) wurde erst am vergangenen Mittwoch über die Sache informiert. Ihr Regierungskollege, Innenminister Karl Nehammer (ÖVP), der von dem Videofund eine Woche vor der Pressekonferenz erfahren hatte, hatte sie dumm sterben lassen. Immerhin wurde der mächtige Justizsektionschef Christian Pilnacek zwei Tage zuvor, am 25. Mai, informiert.

Ein Staatsanwalt im Justizministerium sieht in dieser Aktion einen „nie dagewesenen Vorgang in so einem spektakulären Verfahren. Die Entdeckung des fundamentalen Beweismittels in der Ibiza-Korruptionsaffäre wurde der eindeutig zuständigen WKStA vorenthalten. Dies kann die Korruptionsermittlungen gefährden“. SPÖ und FPÖ fordern die Suspendierung des Soko-Chefs. Die Abgeordnete Stefanie Krisper (Neos) will Holzner gleich zu Beginn in den diese Woche beginnenden U-Ausschuss laden. Denn, so Paragraf 113 Strafprozessordnung, „die Kriminalpolizei hat der Staatsanwaltschaft über jede Sicherstellung unverzüglich, längstens jedoch binnen 14 Tagen zu berichten“. Warum geschah das nicht?

Soko-Chef Andreas Holzner verantwortet sich damit, die Staatsanwaltschaft Wien (die gegen die Urheber des Videos ermittelt, aber nicht gegen die Politiker) sei ohnedies informiert worden. Die StA Wien hätte die Kollegen von der WKStA, die sich die mutmaßlich korrupten Minister in der Ibiza-Causa vorknöpfen, ja informieren können.

Aber eine Pflicht dazu besteht eben nicht. Und es wäre auch nicht der korrekte Dienstweg. Die Pflicht bestand nur für die Soko Tape, die auch im Auftrag der WKStA das Video suchte. Doch Soko Tape ging lieber zur Krone als zur Korruptionsbehörde.

**Das Vertrauen zwischen** Korruptionsanklägern und Polizei ist nun zerrüttet. Wieder einmal. Die Polizei hat die WKStA brüskiert, also eine der beiden Behörden, die sie mit der Suche beauftragt hat. Die WKStA ist in der schwarzen Reichshälfte seit den Ibiza-Ermittlungen offenbar nicht wohlgefallen.

Schon im Jänner musste sich die Spezialbehörde gegen einen Hintergrundgespräch-Hinterhalt von Bundeskanzler Sebastian Kurz („rote Netzwerke“) zur Wehr setzen, weil sie gegen Ex-Finanzminister Hartwig Löger in der Casinos-Affäre ermittelte. Vor einer Journalistenrunde griff Kurz die WKStA an, sie agiere korrupt. Zadić stellte sich vor ihre Behörde.

Vergangene Woche begründete Zadić eine weitere Front: Nach einem erbittert geführten Streit zwischen WKStA und Sektionschef Christian Pilnacek entmachtete sie den bürgerlich-liberalen Beamten, indem sie sein mächtiges Reich entzweischlug. „Pil“, wie er intern genannt wird, wird nach der geplanten Ausschreibung seines Jobs nicht mehr für die „Fachaufsicht“, also die Weisungen gegenüber der Korruptionsstaatsanwaltschaft zuständig sein, sondern ausschließlich für die Legistik, also die Verfassung von Gesetzen. Er könne nicht gleichzeitig mit Politikern über Gesetzesnovellen verhandeln und die Casinos-Ermittlungen gegen sie überwachen, begründete Zadić die Strukturreform. Das erweckte den „Anschein der Befangenheit“.

Ist die „Verstimmung“, wie der Kurier die Sache bezeichnete, also vorbei? Es geht wohl um mehr, es geht um eine sich seit Monaten öffnende Kluft zwischen den (von der ÖVP beaufsichtigten) Polizisten der Soko Tape und einer zunehmend selbst-



#### Der U-Ausschuss

Diese Woche beginnt der Ibiza-U-Ausschuss. Wir berichten die Hintergründe. Auch im Falter-Podcast mit Stefanie Krisper (Neos), Jan Krainer (SPÖ), Kabarettist Florian Scheuba und Falter-Chefredakteur Florian Klenk

bewusst agierenden WKStA, die sich von konservativ besetzten Oberbehörden nicht länger gängeln lassen will, wenn sie Befangenheiten, unterbliebene Ermittlungen oder schlicht belastende Beweise gegen Politiker zutage fördert. Denn genau das ist ihr Job.

**Um das Ibiza-Justiz-Schauspiel** noch besser zu verstehen und dessen Bedeutung zu ermessen, muss man sich das Drama wie in einem Theater vorstellen. Vorne ist die Hauptbühne. Sie wird von der WKStA gespielt, die auf Korruption spezialisiert ist und am liebsten nur von Gerichten kontrolliert werden würde. Sie ermittelt gegen die heimlich gefilmten Politiker Strache und Gudenus, aber auch gegen ÖVP-Granden wie Löger (Ex-Finanzminister), Josef Pröll (Ex-ÖVP-Chef) und Walter Rothensteiner (Raiffeisen-Generalanwalt). Auch mächtige Manager (Novomatic) sind im Visier. Auf der Hauptbühne wird die politisch bedeutende Frage verhandelt, ob man sich in Ös-

Straches früherem Leibwächter, der nach einer Erkrankung bitter enttäuscht gewesen sein soll und jetzt auspackt.

Auf dieser Bühne sind Strache und Gudenus die Opfer.

Auf diesen beiden Bühnen tritt nun immer wieder die Šoko Tape als „Diener zweier Herren“ auf, wie deren Chef Andreas Holzner sie selbst nennt. Man wird den Eindruck nicht los, dass er und seine Leute sich mehr für die Hinterbühne interessieren, also den Teil des Falles, in dem Strache das Opfer ist. Wer die politische Bedeutung des Falles ermessen will, muss demnach genau schauen, wohin Ressourcen fließen und wo sich die Weisungsabteilungen und die Fachaufsicht besonders engagieren.

Schon im Sommer 2019 geht das Theater zwischen WKStA und Polizei los. Durch einen anonymen Hinweis an die WKStA wird bekannt, dass einige Ermittler der Soko Tape offenbar ÖVP-Mitglieder sind, etwa Niko R., ein Amtsinspektor, der in der sogenannten Schredder-Affäre ermittelt. Er kandidierte vor einigen Jahren in Maria Enzersdorf für die ÖVP.

Schon am 6. August 2019 informiert die WKStA den Leiter der Oberstaatsanwaltschaft Wien, Johann Fuchs, von dieser möglichen Befangenheit. In so einer sensiblen Causa müsste jeder Interessenkonflikt offengelegt werden.

Die Polizisten legen aber nichts offen, im Gegenteil. Sie „eskalieren“ die Sache nun, wie das behördenintern genannt wird. Sie verlangen eine Dienstbesprechung beim damaligen Justizminister der Übergangsregierung nach Ibiza, Clemens Jabloner. Die WKStA-Ermittler schieben Jabloner nun eine eigens vorbereitete Dokumentation über den ÖVP-Kommunalpolitiker und Ermittler Niko R. über den Tisch. Sie soll zeigen, wie dieser in der Schredder-Affäre ermittelte – oder eben nicht.

Zur Erinnerung: Im Juli des vergangenen Jahres veröffentlichte der Falter ein Video, das einen Mitarbeiter von Sebastian Kurz, Arno M., beim Schreddern von fünf Festplatten aus dem Bundeskanzleramt bei der Firma Reisswolf zeigt. Er tat dies unter falschem Namen. Sollten da still Beweismittel vernichtet werden? So lautete der Verdacht. Polizist Niko R. sollte ausrücken, um aufzuklären. Er sollte also bei Arno M. Handys und Computer beschlagnahmen. Denn viele Fragen waren offen: Wer war der Auftraggeber der dubiosen Aktion? Wollte die ÖVP Beweise vernichten lassen?

Niko R. verzichtete darauf, das Handy des Kurz-Mitarbeiters Arno M. sicherzustellen. Er schaute nicht einmal hinein. Auch die „freiwillige Nachschau“ in M.s Wohnung war nach etwas mehr als 15 Minuten wieder vorbei. Arno M.s Computer in der ÖVP-Zentrale tastet ÖVP-Sympathisant Niko R. erst gar nicht an. Seine Begründung: Kurz-Berater Stefan Steiner habe ja schon Polizisten am Eingang gesehen, als sie nach Arno M. fragten, da könne man davon ausgehen, dass belastende Daten sicherlich schon beseitigt worden seien. „Ein weiteres Einschreiten würde wenig Erfolg versprechen“, schreibt Nico R. in den Akt.

**Mit anderen Worten:** Die Polizei begründet die Unterlassung einer Beweisaufnahme damit, dass Steiner, der Chefberater von Sebastian Kurz, die Beweismittel wohl längst beseitigt habe, weil er Polizisten in der



**Justizministerin Alma Zadic (links oben) und WKStA-Chefin Ilse-Maria Vrabl-Sanda (rechts unten) wurden von Soko-Tape-Chef Andreas Holzner (rechts oben) nicht über das Video informiert. Der Chef der Oberstaatsanwaltschaft Johann Fuchs (links unten) attackierte die WKStA in internen Mails scharf und verwickelt sie in Fleißaufgaben**

terreich etwa Gesetze kaufen konnte oder eine Oligarchin mit Milliarden an Steuergeld versorgt werden sollte, damit diese im Gegenzug die FPÖ durch gefällige Berichterstattung in der Kronen Zeitung an die Macht bringe.

Auf der Hauptbühne stehen Strache und vielleicht auch ÖVP-Politiker als mutmaßliche Täter.

Und dann gibt es die kleine Nebenbühne. Auf ihr sieht man die Staatsanwaltschaft Wien in der Landesgerichtsstraße. Hier geht es nicht um Korruption oder ein politisches Verbrechen, sondern um bloße Vergehen von Hintermännern des Videodrehs und der angeblichen Oligarchennichte.

Figuren aus der Halb- und Unterwelt – Kleinkriminelle und Drogendealer, Wichtigtuer, Leibwächter und beschuldigte windige Anwälte – treten hier auf. Sie hatten im Juni 2017 auf Ibiza ihre Minikameras auf Gudenus und Strache gerichtet und das Schauspiel inszeniert. Höchstwahrscheinlich, um Geld zu verdienen. Vielleicht war es aber auch, wie es der Anwalt eines beschuldigten Hintermannes nennt, „ein investigatives, zivilgesellschaftliches Projekt“. Eine Rolle spielen auch Rachegeleüste von

Fortsetzung nächste Seite

ÖVP-Zentrale gesehen habe. Arno M. wurde übrigens vergangene Woche zum Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt befördert.

Ein Grund für Befangenheit? Nein, sagen BMI und BMJ am siebten August 2019. Minister Jabloner erteilt nun die Weisung, dass politisches Engagement eines Polizisten per se kein Befangenheitsgrund sei. Die Justiz möge dem Innenministerium vertrauen.

Die Weisung wird auf höchste Anordnung nun nicht in den Akt genommen, sondern als sogenannte Weisung nach dem „Beamtendienstrechtsgesetz“ nur in das sogenannte Tagebuch der Staatsanwaltschaft gelegt. Das Parlament, aber auch Verfahrensparteien können da nicht hinschauen, außer jetzt, beim U-Ausschuss.

Auch beim beschlagnahmten Handy von Strache kommt es zum Gezerre. Die WKStA will die Daten selbst analysieren, sie vertraut den Polizisten schlicht nicht mehr, wie eine



**Lieber HC,  
ich hoffe, auf einen  
Rücktritt vom  
Rücktritt...  
die Politik  
braucht Dich!**

NIKO R.,  
ERMITTLER DER  
„SOKO TAPE“  
AM 18.5.2019

Eine „massive Befangenheit“ liege vor, meldet nun WKStA-Chefin Vrabl-Sanda am 4. September an die Oberstaatsanwaltschaft Wien. Eine Befangenheit, die auch Niko R.s Chef, Soko-Leiter Holzer, offensichtlich kannte. Den laut seinen Angaben habe Nico R. dieses SMS schon zu Beginn der Ermittlungen offengelegt. Trotzdem durfte er gegen Strache ermitteln: Er nahm an einer Hausdurchsuchung gegen Raiffeisen-Boss Rothensteiner in der Causa Casinos teil und durfte ihn sogar einvernehmen.

Niko R. wurde nun von der Soko abgezogen. Aber statt der WKStA für ihre Wachsamkeit zu danken, schickt Oberstaatsanwalt Johann Fuchs den Staatsanwälten Fleißaufgaben. Die WKStA „möge berichten“, warum und aus welchen Erwägungen sie das SMS des Ermittlers in Straches Handy überhaupt gefunden und verschriftet habe. Mit den Casinos-Ermittlungen habe das doch nichts zu tun.

während der laufenden Ermittlungen am 6. Januar zum legendären „Sauschädel-Essen“ in die Raiffeisen-Zentrale geladen, ein illustres Treffen der Wiener Elite. Dort kam er wiederum mit den Beschuldigten zusammen. Was wurde dort besprochen? In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung wollten das die Neos wissen. Pílnacek legt es via Justizministerin Zadić offen: Man habe „sich dort nur am Rande über Allfälliges ausgetauscht“.

**Die Ministerin untersagte** dem Spitzenbeamten solche Privataudienzen. Und sie entmachte Pílnacek vergangenen Dienstag, offiziell, um eine Strukturreform auf den Weg zu bringen. In Wahrheit stolperte Pílnacek auch über seine E-Mails, die das Profil kürzlich veröffentlicht hatte. Nach einem Zerwürfnis in der Eurofighter-Causa vergangenes Jahr, hatte eine Gruppe von Anklägern Pílnacek und Oberstaatsanwalt Fuchs des Amtsmissbrauchs bezichtigt. Die Ermittler wollten mehr Ressourcen, nachdem sie den chaotischen „Scheissakt“ (Zitat Dienstbesprechungsprotokoll) geerbt hatten. Pílnacek aber putzte die Ermittler, die nichts dafür konnten, herunter und unterstellte ihnen in autoritärem Ton Faulheit. Die wiederum nahmen die Sache heimlich auf einem Tonband auf (es lief zwecks Protokollierung, wie es später hieß) und blattelten so Pílnacek auf.

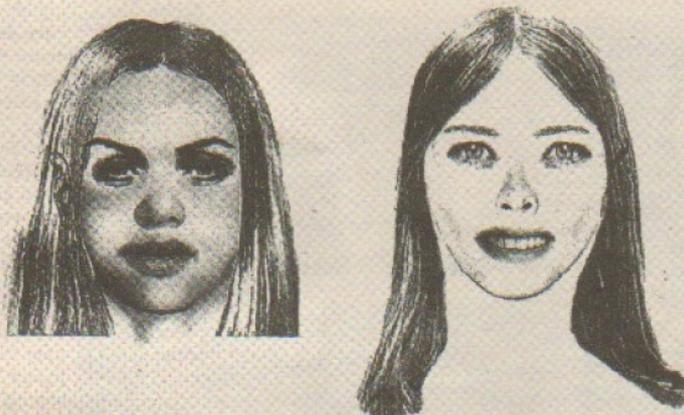
Das wiederum fasste dieser als Kriegserklärung auf. „Ich denke“, schrieb er in einem Mail an Oberstaatsanwalt Fuchs, „man muss jetzt aktive und breite Öffentlichkeitsarbeit betreiben und insgesamt die Leistungen der WKStA hinterfragen“. Dabei kam ihm natürlich auch das Versagen der WKStA in der BVT-Affäre zupass. Mit schwachen Beweisen, instrumentalisiert von Herbert Kickl, ließ die WKStA den Nachrichtendienst filzen und beschädigte das Amt damit international. Die Aktion war rechtswidrig.

Oberstaatsanwalt Fuchs erwiderte, der Chefin der WKStA und ihrem „Kernteam“ gehe es „um die Verteidigung der eigenen Komfortzone, nämlich möglichst ohne Einflussmöglichkeit von Fach- und Dienstaufsicht [...] die eigene Bequemlichkeit unter dem hehren Wirkungsziel einer umfassenden Korruptionsbekämpfung zu verschleiern“.

Die zwei Vorgesetzten hatten sich also eine Meinung gebildet: Die WKStA sei nichts mehr als eine bequeme, faule Barde, die sich von Kontrolle freispielen wolle und schlechtere Presse brauche.

**Die Parlamentarier werden** im diese Woche startenden U-Ausschuss die vielen kleinen „Irritationen“, die die Soko-Ibiza und die Fachaufsicht geliefert haben, aufklären und daraus politische Reformen formulieren müssen. Eine könnte darin bestehen, die WKStA fortan nur mehr der Kontrolle von Gerichten zu unterstellen und nicht von Spitzenbeamten, die zum Sauschädel-Essen mit Verdächtigen gehen. Vielleicht wird es ja auch ein Gebot geben, dass Polizisten, die gegen korrupte Politiker ermitteln, diesen Politiker nicht zugleich per Chat-Nachrichten vom Rücktritt abraten.

Vielleicht werden die Vorgesetzten solcher Polizisten auch dazu angehalten, wichtige Beweismittel wie das Ibiza-Video zuerst der Korruptionsbehörde und dann erst der Kronen Zeitung auszufolgen. Das wird die wohl schwierigste Reform.



Beamten in der Dienstbesprechung zu Protokoll gibt. Man verfüge ohnedies über einen eigenen IT-Experten, der die Chats schnell auslesen und aufbereiten könne. Wieder ist die Oberstaatsanwaltschaft dagegen. Das Innenministerium solle die Auswertung alleine erledigen, sagt der leitende Oberstaatsanwalt Johann Fuchs. Nur die Kriminalisten dort seien dazu zertifiziert. Unsinn, entgegenen die Staatsanwälte. Schließlich findet man einen Kompromiss: Die Justiz analysiert die sogenannten Erstgeräte, die Polizei den Rest. Bis jetzt hat die Soko Tape keinen einzigen Auswertungsbericht an die WKStA geschickt. Die Staatsanwaltschaft hat die Handys von Strache, Löger, Rothensteiner, Gudenus, Lögers Generalsekretär Thomas Schmied und vielen anderen akribisch ausgewertet und Hausdurchsuchungsbefehle bewilligt bekommen. 25 Berichte gingen ans Justizressort

**Der Falter drückt das Foto der „Oligarchennichte“ nicht ab. Das Bild hat keinen Informationswert. Stattdessen drucken wir die Phantombilder der Kripo aus dem Akt. Das linke Bild zeigt die „Oligarchin“, wie sie von Tajana Gudenus beschrieben wurde, das Rechte, wie sie Johann Gudenus sieht**

So geht das dahin. Aber es wird noch direkter. Am 28. Januar etwa bitten Ex-Vizekanzler Josef Pröll und Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner um einen Termin bei Sektionschef Pílnacek. Die beiden wollen sich offenbar über die allzu forschenden Razzien der WKStA beschweren, da Handys, Kalender und Telefonbücher eingekassiert wurden.

Pílnacek müsste sie jetzt höflich abweisen, wie alle anderen Verdächtigen, die in laufenden Verfahren mit dem mächtigsten Beamten Kaffee trinken wollen. Aber er gewährt die Privataudienz, ohne einen Kollegen beizuziehen.

Pílnacek fertigt einen Aktenvermerk über die Causa an. Ihm sei die „Sensibilität der Materie“ bewusst, notiert er darin, „aber mangels eingehender Berichte“ sei er über die Causa Ibiza ohnedies „nicht informiert“. In sieben Monaten hatte die WKStA allerdings 25 Berichte erstattet und alle Anordnungen mit einer detaillierten Darstellung des Tatverdachts und der Beweislage unterfüttert.

Aus Höflichkeit habe er also den Termin abgehalten, die Beschuldigten hätten „über die lange Auswertungsdauer elektronischer Geräte und die Vorgangsweise bei der Hausdurchsuchung geklagt“, aber er habe „eine gewisse Beruhigung erreicht“ und „somit eine Vermeidung von Emotionen“.

Wohl auch, um die „Emotionen zu beruhigen“, hat die Raiffeisen-Bank Pílnacek

**Nicht nur die Chats** in der Casinos-Affäre wurden da gefunden, sondern auch ein SMS, das der umstrittene Soko-Ermittler und das ÖVP-Mitglied Nico R. verschickte und über das er seinen Vorgesetzten Andreas Holzer beim Start der Soko informierte, wie Holzer erzählt.

Es ging ausgerechnet an Heinz-Christian Strache, am Tag von dessen Rücktritt. „Lieber HC, ich hoffe auf einen Rücktritt vom Rücktritt ... die Politik braucht dich! Alles Gute für alles Weitere! LG Niko.“